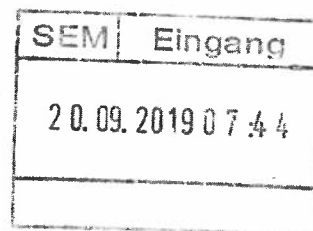
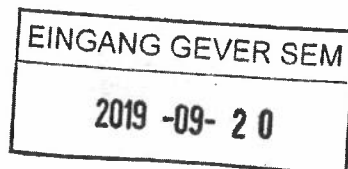


**REGIERUNGSRAT**

Regierungsgebäude, 5001 Aarau  
Telefon 062 835 12 40, Fax 062 835 12 50  
regierungsrat@ag.ch  
www.ag.ch/regierungsrat



**A-Post Plus**  
Staatssekretariat für Migration  
Quellenweg 6  
3003 Bern

18. September 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 sind die Kantone zur Vernehmlassung über das Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens eingeladen worden. Wir danken dafür und nehmen die Gelegenheit gerne wahr.

Der Regierungsrat des Kantons Aargau begrüsst das zur Diskussion gestellte Abkommen, mit dem die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Vereinigten Königreich für eine befristete Übergangsphase erleichtert wird.

Aufgrund der wirtschaftlichen Bedeutung der Zulassung von Staatsbürgerinnen und Staatsbürgern des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland zum schweizerischen Arbeitsmarkt und umgekehrt ist es unabdingbar, dass auch für den Fall eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union sofort anwendbare und vorab bekannte Regelungen zur Verfügung stehen. Die damit verbundene Rechts- und Planungssicherheit ist ebenso wichtig wie der Umstand, dass zumindest während einer befristeten Übergangszeit die arbeitsmarktliche Zulassung zu ähnlichen Bedingungen wie unter der Geltung des aktuellen Freizügigkeitsabkommens (FZA) weiter gewährleistet bleibt. In diesem Sinne unterstützt der Regierungsrat des Kantons Aargau die gegenüber den heutigen Nicht-EU/EFTA-Staaten deutlich privilegierte Stellung des Vereinigten Königreichs.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Vernehmlassung.

Freundliche Grüsse

Im Namen des Regierungsrats

Dr. Urs Hofmann  
Landammann

Kopie

- boiana.krantcheva@sem.admin.ch
- sascha.finger@sem.admin.ch



Vincenza Trivigno  
Staatsschreiberin



KANTON  
APPENZELL INNERRHODEN

## Landammann und Standeskommission

Sekretariat Ratskanzlei  
Marktgasse 2  
9050 Appenzell  
Telefon +41 71 788 93 11  
info@rk.ai.ch  
www.ai.ch

Ratskanzlei, Marktgasse 2, 9050 Appenzell

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement  
Staatssekretariat für Migration  
3003 Bern

Appenzell, 21. November 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens  
Stellungnahme Kanton Appenzell I.Rh.**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsunterlagen zur oben erwähnten Vorlage zukommen lassen.

Die Standeskommission hat die Unterlagen geprüft. Sie stimmt dem Abkommen zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

**Im Auftrage von Landammann und Standeskommission**

Der Ratschreiber:

  
Markus Dörig

*Zur Kenntnis an:*

- boiana.krantcheva@sem.admin.ch
- sascha.finger@sem.admin.ch
- Justiz-, Polizei- und Militärdepartement Appenzell I.Rh., Marktgasse 10d, 9050 Appenzell
- Ständerat Daniel Fässler, Weissbadstrasse 3a, 9050 Appenzell
- Nationalrat Thomas Rechsteiner (thomas.rechsteiner@mobi.ch)



Regierungsrat, 9102 Herisau

Eidg. Justiz- und Polizeidepartement  
3003 Bern

Eidg. Justiz- und  
Polizeidepartement

25. Nov. 2019

*No.*

Dr. iur. Roger Nobs  
Ratschreiber  
Tel. +41 71 353 63 51  
roger.nobs@ar.ch

EINGANG GEVER SEM

2019 -11- 25

Herisau, 22. November 2019

**Eidg. Vernehmlassung; Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königs; Stellungnahme des Regierungsrates von Appenzell Ausserrhoden**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 lädt das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement (EJPD) die Kantone ein, zum oben genannten Abkommen bis am 21. November 2019 Stellung zu nehmen.

Der Regierungsrat von Appenzell Ausserrhoden nimmt dazu wie folgt Stellung:

Der Regierungsrat stimmt dem Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens zu.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Im Auftrag des Regierungsrates

Roger Nobs, Ratschreiber

Postgasse 68  
Postfach  
3000 Bern 8  
[www.rr.be.ch](http://www.rr.be.ch)  
[info.regierungsrat@sta.be.ch](mailto:info.regierungsrat@sta.be.ch)

Frau Bundesrätin  
Karin Keller-Sutter  
Eidgenössisches Justiz- und Poli-  
zeidepartement  
Bundeshaus West  
3003 Bern  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

6. November 2019

RRB-Nr.: 1196/2019  
Direktion Volkswirtschaftsdirektion  
Unser Zeichen --  
Ihr Zeichen --  
Klassifizierung Nicht klassifiziert



**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten  
Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt  
für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus  
der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens;  
Stellungnahme des Kantons Bern**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken für die Gelegenheit, im Rahmen der Vernehmlassung zu den Abkommen zwi-  
schen der Schweizerischen Eidgenossenschaft, dem Vereinigten Königreich von Grossbritan-  
nien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit  
infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Weg-  
falls des Freizügigkeitsabkommens Stellung nehmen zu können.

Der Regierungsrat ist mit der Vorlage einverstanden. Das Vereinigte Königreich ist in wirt-  
schaftlicher, politischer und migrationsbezogener Hinsicht ein wichtiger Partner für die  
Schweiz. Das befristete Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt ermöglicht der  
Schweizer Wirtschaft im Falle des Wegfalls der Personenfreizügigkeit zwischen der Schweiz  
und dem Vereinigten Königreich, während der befristeten Übergangszeit bis am 31. Dezem-  
ber 2020 (mit Verlängerungsmöglichkeit) erleichtert Arbeitskräfte aus dem Vereinigten König-  
reich zu rekrutieren. Damit stellt die Schweiz sicher, dass bei einem ungeordneten Austritt des  
Vereinigten Königreichs (No-Deal) aus der EU Rechts- und Planungssicherheit bei den  
Schweizer Unternehmen besteht.

Das befristete Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt gewährt den Kantonen im Vergleich zur Drittstaatenregelung eine bestimmte Vollzugserleichterung in Bezug auf die Bearbeitung. Die Hürde für das Einholen einer Arbeitsbewilligung sinkt durch den Wegfall des Zustimmungsverfahrens, des Nachweises des Inländervorrangs und der beruflichen Qualifikationen im Vergleich zu einer Drittstaatenregelung ohne Abkommen deutlich. Zudem verringert sich der administrative Aufwand und die Dauer der Verfahren.

Wir danken Ihnen, dass Sie unsere Bemerkungen berücksichtigen.

Freundliche Grüsse

**Im Namen des Regierungsrates**

Der Präsident



Christoph Amman

Der Staatsschreiber



Christoph Auer

Verteiler

- Volkswirtschaftsdirektion
- Staatskanzlei

Regierungsrat, Rathausstrasse 2, 4410 Liestal

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD

Per E-Mail an:

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)

[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Liestal, 15. Oktober 2019

**Brexit: Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Zulassung zum Arbeitsmarkt, Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie uns eingeladen, im Rahmen einer Vernehmlassung zum Entwurf eines im Titel erwähnten Abkommens zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich (UK) unsere Stellungnahme abzugeben. Wir danken für die Gelegenheit, wie folgt Stellung nehmen zu können:

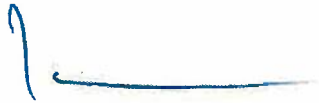
Im Falle eines ungeordneten EU-Austritts des UK («No-Deal-Szenario») ist ein abrupter Wechsel von den geltenden (liberalen) Zulassungsbestimmungen des Freizügigkeitsabkommens hin zu einer (restriktiven) Drittstaatenregelung unbedingt zu vermeiden. Ein plötzlicher Systemwechsel bei der Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem UK wird unvermeidlich zu Rechts- und Planungsunsicherheit bei Schweizer Unternehmen mit den daraus sich ergebenden nachteiligen Konsequenzen für den Wirtschaftsstandort auf Ebene Bund, Region und Kanton zur Folge haben.

Wir unterstützen daher die bundesrätliche «Mind the Gap»-Strategie, die bestehenden Rechte und Pflichten Schweiz-UK über den EU-Austritt des UK hinaus soweit als möglich zu sichern und allenfalls auszubauen. Die Rechtsstellung von Staatsangehörigen und Unternehmen beider Länder soll auch nach einem ungeordneten EU-Austritt des UK und dem damit einhergehenden Wegfall des Personenfreizügigkeitsabkommens (FZA) bestmöglich geschützt werden. Dieses Ziel wird durch das Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt verfolgt, indem zeitlich befristet im Sinne einer Übergangsregelung die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem UK gegenüber Drittstaaten erleichtert werden soll.

Der Kanton Basel-Landschaft unterstützt daher den vorliegenden Vernehmlassungsentwurf eines befristeten Auffangabkommens.

Besten Dank für Ihre Kenntnisnahme.

Hochachtungsvoll



Isaac Reber  
Regierungspräsident



Elisabeth Heer Dietrich  
Landschreiberin



**Regierungsrat des Kantons Basel-Stadt**

Rathaus, Marktplatz 9  
CH-4001 Basel

Tel: +41 61 267 80 54  
Fax: +41 61 267 85 72  
E-Mail: staatskanzlei@bs.ch  
www.regierungsrat.bs.ch

Staatssekretariat für Migration (SEM)

Per Email an:  
boiana.krantcheva@sem.admin.ch  
sascha.finger@sem.admin.ch

Basel, 6. November 2019

**Regierungsratsbeschluss vom 5. November 2019**

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**  
Stellungnahme des Kantons Basel-Stadt

Sehr geehrte Frau Krantcheva  
sehr geehrter Herr Finger

Mit Schreiben vom 14. August 2019 hat das Eidg. Justiz- und Polizeidepartement das Abkommen in Vernehmlassung gegeben. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme.

Aufgrund der Bedeutung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich begrüssen wir das Abkommen sehr. Damit wird die notwendige Rechts- und Planungssicherheit für eine weiterhin stabile Zusammenarbeit der beiden Staaten geschaffen.

Jedoch möchten wir mit Nachdruck darum bitten, die vorgesehene Subsumtion der kontingentierten Arbeitsbewilligungen für grenzüberschreitende Dienstleistungserbringer, die für länger als 4 Monate in der Schweiz neu tätig werden, unter das AIG und somit zu den ohnehin knappen Kontingenten für Drittstaatsangehörige zu überdenken. Nach Meinung des Regierungsrates könnte für diese Kategorie von Arbeitskräften eine Lösung mit dem für 2019 bereits geschaffenen UK-Kontingent eingerichtet werden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unseres Anliegens. Für Rückfragen steht Ihnen das Amt für Wirtschaft und Arbeit, Michael Mauerhofer, michael.mauerhofer@bs.ch, Tel. 061 267 87 78 zur Verfügung.

Freundliche Grüsse  
Im Namen des Regierungsrates des Kantons Basel-Stadt

Elisabeth Ackermann  
Präsidentin

Barbara Schüpbach-Guggenbühl  
Staatsschreiberin



ETAT DE FRIBOURG  
STAAT FREIBURG

Conseil d'Etat  
Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

Conseil d'Etat CE  
Staatsrat SR

Rue des Chanoines 17, 1701 Fribourg

T +41 26 305 10 40, F +41 26 305 10 48  
www.fr.ch/ce

Département fédéral de justice et police  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

*Document PDF et Word à :*  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

*Fribourg, le 1<sup>er</sup> octobre 2019*

**Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes – réponse à la consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Par courrier du 14 août 2019, vous nous avez consultés sur l'objet cité en titre, et nous vous en remercions.

Le Conseil d'Etat fribourgeois peut faire siens les motifs soutenus par le Conseil fédéral à l'appui de cet accord transitoire sur l'accès au marché du travail, en l'occurrence ceux retenant la nécessité d'amortir les changements soudains auxquels seraient confrontés les citoyens suisses ou britanniques entendant s'installer dans l'autre pays après un Brexit sans accord.

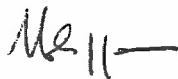
L'Accord prévoit sur le fond que le Conseil fédéral fixe un contingent annuel à l'attention des ressortissants du Royaume-Uni admis sur le marché suisse du travail pour une durée supérieure à 4 mois, en fonction des intérêts économiques généraux de la Suisse et dans le respect du principe de l'ordre de priorité. Mais au regard des demandes individuelles d'admission, le système décrit s'inspire fondamentalement des principes de l'Accord sur la libre circulation des personnes. En dérogation à la Loi fédérale sur les étrangers et l'intégration, ni la priorité des travailleurs indigènes, ni les exigences de qualifications professionnelles, ni les intérêts économiques de la Suisse ne pourront s'appliquer. Seules les conditions de salaire et de travail devront être conformes aux normes helvétiques, cette condition devant être vérifiée par les autorités cantonales. La réciprocité du système est assurée pour les travailleurs suisses se rendant au Royaume-Uni.

L'impact pour les cantons, en l'occurrence le canton de Fribourg dans le cadre de ses tâches en matière d'autorisation d'accès au marché du travail, sera faible et absorbable sans difficulté.

Dans ces circonstances, nous ne pouvons qu'approuver sans réserve le projet d'accord.

En vous remerciant une nouvelle fois de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de nos sentiments les meilleurs.

Au nom du Conseil d'Etat :



Jean-Pierre Siggen  
Président



Danielle Gagnaux-Morel  
Chancelière d'Etat



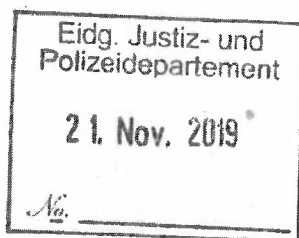
Genève, le 20 novembre 2019

EINGANG GEVER SEM

2019 -11- 21

**Le Conseil d'Etat**

5244-2019



Département fédéral de justice et police  
(DFJP)  
Madame Karin Keller-Sutter  
Conseillère fédérale  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

**Concerne :** accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes : ouverture de la procédure de consultation

Madame la Conseillère fédérale,

Votre courrier du 14 août 2019 relatif à l'ouverture de la procédure de consultation sur le sujet cité en titre nous est bien parvenu et nous vous en remercions.

De manière générale, le Conseil d'Etat partage la stratégie du Conseil fédéral de garantir la continuation sans entrave des relations entre la Suisse et le Royaume-Uni après la sortie de ce dernier de l'Union européenne. Il salue à ce propos les accords signés jusqu'ici entre les deux pays, y compris celui concernant les droits acquis des citoyens.

L'accord soumis dans le cadre de la présente consultation s'inscrit dans cette logique. Il permet en effet un accès facilité et réciproque au marché du travail, pour une période transitoire, à la suite du Brexit et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP). Il prend ainsi en compte les intérêts de l'économie suisse eu égard au recrutement de travailleurs britanniques ainsi que ceux des ressortissants suisses qui souhaitent avoir accès au marché du travail britannique.

En conformité avec les prescriptions de l'art. 121a Cst, cet accord prévoit que l'admission de ressortissants britanniques soit limitée par des contingents fixés annuellement par le Conseil fédéral. Dans la perspective d'un scénario sans accord de retrait, le Conseil fédéral avait par ailleurs déjà inscrit 3'500 contingents pour la période allant du 30 mars au 31 décembre 2019. La date du retrait du Royaume-Uni de l'UE ayant été reportée, ce contingent ne s'est pas appliqué à cette date et les dispositions de l'ALCP sont donc restées en vigueur.

A ce propos, le Conseil d'Etat souligne qu'en cas de Brexit à fin mars 2019, ce contingent aurait été trop faible car, comme le mentionne le rapport d'explication qui accompagne le présent accord, 7'248 autorisations de séjour (3'504 autorisations de séjour B et 3'744

autorisations de séjour de courte durée L) ont été délivrées en 2018 pour des ressortissants britanniques.

Le Conseil d'Etat souhaite donc qu'en cas de Brexit et de fin d'applicabilité de l'ALCP, les contingents qui seront fixés pour 2020 tiennent compte de cette réalité et répondent ainsi mieux aux intérêts économiques de la Suisse et à la demande des travailleurs ressortissants du Royaume-Uni sur le marché du travail helvétique.

En vous remerciant de nous avoir consultés, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de notre considération distinguée.

AU NOM DU CONSEIL D'ÉTAT

La chancelière :



Michèle Righetti

Le président :



Antonio Hodgers

Glarus, 11. September 2019  
Unsere Ref: 2019-127

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Hochgeachtete Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Das Eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement EJPD gab uns in eingangs genannter Angelegenheit die Möglichkeit zur Stellungnahme. Dafür danken wir.

Wir erheben gegen die vorgenommenen Anpassungen keinen Einwand.

Genehmigen Sie, hochgeachtete Frau Bundesrätin, sehr geehrte Damen und Herren, den Ausdruck unserer vorzüglichen Hochachtung.

Freundliche Grüsse

  
Marianne Lienhard  
Landesstatthalter



Sitzung vom

21. Oktober 2019

Mitgeteilt den

21. Oktober 2019

Protokoll Nr.

778

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement

Per E-Mail an: [boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch) und [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

**Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über  
die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge  
Brexit – Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 14. August 2019 in erwähnter Sache und  
bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die Regierung des Kantons Graubünden begrüsst das Abkommen über die befristete  
Zulassung zum Arbeitsmarkt im Fall eines No-Deals. Damit kann der Übergang von  
der Personenfreizügigkeit hin zu einer Drittstaatenregelung bezüglich Zulassung von  
Arbeitskräften aus dem Vereinigten Königreich abgedeckt werden.

Freundliche Grüsse



Namens der Regierung

Der Präsident:

Dr. Jon Domenic Parolini

Der Kanzleidirektor:

Daniel Spadin

+Hôtel du Gouvernement – 2, rue de l'Hôpital, 2800 Delémont

Département fédéral de justice et police (DFJP)  
A l'att. de Madame la Conseillère fédérale  
Karine Keller-Sutter  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

Hôtel du Gouvernement  
2, rue de l'Hôpital  
CH-2800 Delémont

t +41 32 420 51 11  
f +41 32 420 72 01  
chancellerie@jura.ch

Transmission par courrier électronique à :

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)

[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Delémont, le 5 novembre 2019

**Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes : Ouverture de la consultation**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Gouvernement de la République et Canton du Jura a bien reçu votre courrier du 14 août 2019 par lequel vous sollicitez son avis, dans le cadre de la procédure de consultation, sur le projet d'accord cité sous rubrique et son rapport explicatif. Après avoir pris connaissance de l'ensemble des documents transmis, le Gouvernement a l'avantage de vous faire part des considérations qui suivent.

Il est patent que le Brexit aura des conséquences sur la Suisse dans le domaine migratoire. Le retrait du Royaume-Uni de l'UE sans accord impliquerait in concreto que l'admission des travailleurs britanniques serait soumise à la loi fédérale sur les étrangers et l'intégration (LEI), l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) n'étant plus applicable.

Le Gouvernement considère, à l'instar du Conseil fédéral, que le Royaume-Uni constitue un partenaire économique, politique et migratoire important de la Suisse, avec lequel il sied de maintenir des liens étroits, stables et prévisibles.

De même, il observe à cet égard à satisfaction que le projet soumis intervient dans le cadre de la stratégie « Mind the gap » mise en place par le Conseil fédéral. Elle vise à assurer que les relations bilatérales entre la Suisse et le Royaume-Uni puissent, dans la mesure du possible, se poursuivre sans interruption après la sortie de ce dernier de l'UE, stratégie à laquelle l'Exécutif jurassien adhère pleinement.

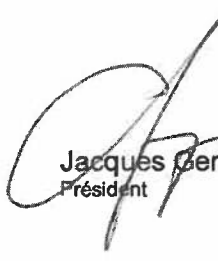
Précisément, le Gouvernement souscrit à l'appréciation du Conseil fédéral selon laquelle le présent accord a pour finalité de faciliter le recrutement de travailleurs britanniques pendant une période transitoire, permettant ainsi de garantir aux entreprises indigènes une certaine sécurité du droit nécessaire à la bonne marche de l'économie suisse.

L'application de l'accord relèverait de la compétence des cantons. Il est pris bonne note que, comparativement aux dispositions applicables aux Etats tiers, l'accord transitoire devrait rendre plus aisé le traitement des demandes d'autorisation des ressortissants du Royaume-Uni par les autorités cantonales. Le Gouvernement salue le fait qu'en l'état, aucune procédure d'approbation cantons - Confédération n'est prévue. Il est précisé à cet égard que la mise en œuvre d'une telle procédure ne paraîtrait guère opportune dans la mesure où elle alourdirait selon lui inutilement la charge administrative des cantons, respectivement de la Confédération.

En conclusion, considérant que le projet d'accord transitoire contribuera manifestement à garantir la sécurité juridique, la stabilité et la pérennité des relations économiques, politiques et en particulier migratoires entre nos deux pays, nonobstant le retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne, **le Gouvernement se prononce de manière favorable sur le projet mis en consultation.**

En vous remerciant de l'avoir consulté, le Gouvernement vous adresse, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de sa parfaite considération.

AU NOM DU GOUVERNEMENT DE LA  
RÉPUBLIQUE ET CANTON DU JURA

  
Jacques Serber  
Président



  
Gladys Winkler Docourt  
Chancelière d'Etat



**Gesundheits- und Sozialdepartement**

Bahnhofstrasse 15  
6002 Luzern  
Telefon 041 228 60 84  
gesundheit.soziales@lu.ch  
www.lu.ch

EJPD

Per Mail:

boiana.krantcheva@sem.admin.ch  
sascha.finger@sem.admin.ch

Luzern, 12. November 2019

Protokoll-Nr.: 1202

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Die Personenfreizügigkeit erlaubt es Arbeitgebern, Fachkräfte im EU/EFTA-Raum zu rekrutieren. Der Wegfall der Personenfreizügigkeit im Fall eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU hätte Auswirkungen auf den Wirtschaftsstandort Schweiz.

Im Namen und Auftrag des Regierungsrates teile ich Ihnen deshalb mit, dass wir einverstanden sind, für diesen Fall die Personenfreizügigkeit mit einem befristeten Abkommen bilateral mit dem Vereinigten Königreich zu sichern.

Wir bedanken uns für die Möglichkeit der Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

Guido Graf  
Regierungsrat



## LE CONSEIL D'ÉTAT

DE LA RÉPUBLIQUE ET  
CANTON DE NEUCHÂTEL

### Envoi par courrier électronique

Département fédéral de justice et police  
Palais fédéral  
3003 Berne

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

**Consultation relative à l'accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire limitée à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes**

Madame la conseillère fédérale,

Le Conseil d'État de la République et Canton de Neuchâtel vous remercie de lui avoir fourni la possibilité de participer à la consultation fédérale citée en rubrique et approuve l'accord transitoire soumis à consultation.

En cas de Brexit désordonné, l'accord sur la libre circulation des personnes (ALCP) prendra fin le lendemain du retrait du Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord (ci-après : le Royaume-Uni) de l'Union européenne (UE).

Si un tel retrait devait avoir lieu, l'accord transitoire soumis en consultation fournira un cadre de durée limitée au 31 décembre 2020 pour l'admission des personnes physiques suisses ou britanniques, qui immigreront nouvellement dans l'autre pays afin d'y exercer une activité lucrative.

Nous partageons l'avis du Conseil fédéral et estimons nécessaire d'appliquer l'accord à titre transitoire afin d'atténuer, conformément à la stratégie *Mind the gap*, le changement soudain auquel seront confrontés les citoyens suisses ou britanniques arrivant dans l'autre pays et la brusque transition du régime de libre circulation des personnes à un régime pour les ressortissants d'États tiers, si le Royaume-Uni quitte l'UE de manière désordonnée.

Cet accord offre des conditions assouplies d'admission sur le marché de l'emploi, propres à favoriser l'exercice d'une activité lucrative dans l'autre pays contractant, une plus grande sécurité juridique et une meilleure prévisibilité pour les entreprises suisses, en préservant les intérêts de l'économie suisse concernant le recrutement de travailleurs britanniques et en garantissant l'accès des ressortissants suisses au marché du travail britannique.

Nous saluons la solution retenue consistant à prévoir un quota spécifique et moins contraignant en termes de procédure que celle prévue par la LEI pour les États tiers et la facilitation d'obtention d'un titre de séjour d'une durée de trois ans pour les travailleurs suisses, voire frontaliers.

L'accord en lui-même et le rapport explicatif ne suscitent pas de remarques particulières de notre part. Nous attendons toutefois des directives claires de la part du Secrétariat d'État aux migrations (SEM), notamment quant aux travailleurs détachés.

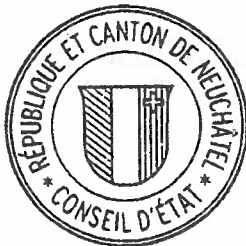
En vous remerciant de nous avoir consulté, nous vous prions de croire, Madame la conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.

Neuchâtel, le 20 novembre 2019

Au nom du Conseil d'État :

*Le président,*  
A. RIBAUD

*La chancelière,*  
S. DESPLAND





KANTON  
NIDWALDEN

LANDAMMANN UND  
REGIERUNGSRAT

Dorfplatz 2, Postfach 1246, 6371 Stans  
Telefon 041 618 79 02, [www.nw.ch](http://www.nw.ch)

CH-6371 Stans, Dorfplatz 2, Postfach 1246, STK

**PER E-MAIL**

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Telefon 041 618 79 02  
[staatskanzlei@nw.ch](mailto:staatskanzlei@nw.ch)  
Stans, 24. September 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens. Stellungnahme**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

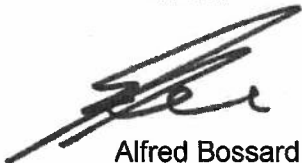
Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie uns eingeladen, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens und zum Bundesbeschluss dazu Stellung zu nehmen. Wir bedanken uns dafür und vernehmen uns wie folgt:

Das Vereinigte Königreich ist in wirtschaftlicher, politischer und migrationsbezogener Hinsicht ein wichtiger Partner der Schweiz. Die bilateralen Abkommen Schweiz-EU werden mit dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU nicht mehr anwendbar sein und sind durch neue Rechtsgrundlagen zu ersetzen. Im Migrationsbereich betrifft dies das Abkommen zwischen der Schweiz einerseits und der EU und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (FZA; SR 0.142.112.681).

Wir begrüssen die "Mind the Gap-Strategie" des Bundesrates, welche das Ziel verfolgt, die bestehenden Rechte und Pflichten Schweiz-UK soweit als möglich zu sichern und die Zusammenarbeit zu vertiefen. Mit dem vorliegenden befristeten Abkommen wird die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Vereinigten Königreich erleichtert. Da damit sichergestellt ist, dass die Rechts- und Planungssicherheit bei den Schweizer Unternehmen bestehen bleibt, begrüssen wir das vom Bundesrat vorgelegte Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit.

Besten Dank für die Kenntnisnahme.

Freundliche Grüsse  
NAMENS DES REGIERUNGSRATES



Alfred Bossard  
Landammann



lic. iur. Hugo Murer  
Landschreiber

Geht an:

- [boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)
- [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)



CH-6061 Sarnen, St. Antonistrasse 4, VD

**B-Post**

Eidgenössisches  
Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
3003 Bern

Sarnen, 9. September 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens: Eröffnung Vernehmlassungsverfahren**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 laden Sie uns zur Stellungnahme bezüglich Eingangs erwähntem Geschäft ein. Dafür danken wir Ihnen bestens. Die Frist läuft am 21. November 2019 ab.

Wir haben die Unterlagen geprüft, stimmen zu und verzichten auf eine weiterführende Stellungnahme. Besten Dank für Ihre Bemühungen.

Freundliche Grüsse

  
Daniel Wyler  
Regierungsrat

Kopie an:

- [boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch) und [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch) (Word- und PDF-Version)
- Staatskanzlei (OWSTK.3576)



Regierung des Kantons St.Gallen, Regierungsgebäude, 9001 St.Gallen

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Regierung des Kantons St.Gallen  
Regierungsgebäude  
9001 St.Gallen  
T +41 58 229 32 60  
F +41 58 229 38 96

St.Gallen, 4. November 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassungsantwort**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. August 2019 laden Sie uns zur Vernehmlassung zum eingangs erwähnten Abkommen bis spätestens 21. November 2019 ein. Wir danken für diese Gelegenheit und nehmen gern wie folgt Stellung:

Wir begrüssen die Anstrengungen des Bundesrates, im Rahmen der sogenannten «Mind the Gap»-Strategie die engen Beziehungen der Schweiz zum Vereinigten Königreich auch bei einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union soweit als möglich aufrechtzuerhalten. Das vorliegende Abkommen bietet Rechtssicherheit für die Schweizer Unternehmen. Es ermöglicht den Wirtschaftsakteuren, Unternehmen sowie Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern, sich an die neuen Rahmenbedingungen anzupassen. Grosszügige separate Kontingente für britische Staatsbürgerinnen und Staatsbürger tragen insbesondere der traditionell engen wirtschaftlichen Verflechtung zwischen der Schweiz und der EU Rechnung, und der Verzicht auf die Anforderungen in Bezug auf Vorrang, Erfüllung der persönlichen Voraussetzungen und des gesamtwirtschaftlichen Interesses ist deshalb folgerichtig. Allerdings erachten wir die Menge der Kontingente mit Blick auf eine erspriessliche Entwicklung des Austauschs von Fachkräften als zu gering und beantragen, sie angemessen zu erhöhen.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen.



Im Namen der Regierung

Heidi Hanselmann  
Präsidentin



Canisius Braun  
Staatssekretär

**Zustellung auch per E-Mail (pdf- und Word-Version) an:**  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch); [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Kanton Schaffhausen  
Regierungsrat  
Beckenstube 7  
CH-8200 Schaffhausen  
www.sh.ch

T +41 52 632 71 11  
F +41 52 632 72 00  
staatskanzlei@ktsh.ch



Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Frau Bundesrätin Karin Keller-Sutter

**per E-Mail an:**

boiana.krantcheva@sem.admin.ch  
sascha.finger@sem.admin.ch

Schaffhausen, 29. Oktober 2019

**Vernehmlassung EJPD betr. Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland: Stellungnahme Kanton Schaffhausen**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie uns die Möglichkeit gegeben, in oben genannter Angelegenheit Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für diese Gelegenheit.

Wir begrüssen das Auffangabkommen im Arbeitsmarktbereich für den Fall eines No-Deal-Brexit. Dieses Abkommen ist eine adäquate Zwischenlösung. Es ist wichtig, den schweizerischen Arbeitsmarkt für die UK-Staatsangehörigen (zumindest vorübergehend) offen zu lassen, um auch langfristig vom Zugang zum britischen Arbeitsmarkt zu profitieren. Für Arbeitnehmende aus dem Vereinigten Königreich und Arbeitgeber, welche auf UK-Staatsangehörige angewiesen sind, wäre ein No-Deal-Brexit ohne das Auffangabkommen mit einer Planungsunsicherheit verbunden und negative Auswirkungen auf den Schweizer Arbeitsmarkt könnten entsprechend nicht ausgeschlossen werden.

Das Abkommen gewährt den Kantonen im Vergleich zur Drittstaatenregelung (im Falle eines No-Deal-Brexits) auch eine gewisse Vollzugserleichterung in Bezug auf die Bearbeitung von Bewilligungsgesuchen von britischen Staatsangehörigen. Ein nicht unerheblicher Prüfaufwand fällt im Vergleich zur Drittstaatenregelung weg. Andernfalls (ohne dieses Auffangabkommen

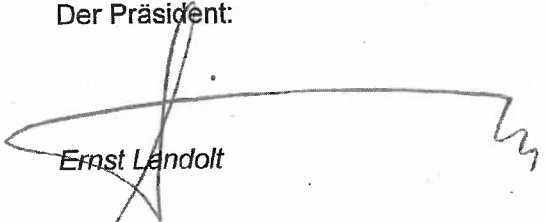
im Arbeitsmarktbereich) müssten die Kantone mit einem personellen und finanziellen Mehraufwand rechnen und dies sehr kurzfristig.

Somit verhindert das vorliegende Abkommen Planungsunsicherheit und administrativen Mehraufwand. Aus Sicht der Kantonsregierung ist dieses zielführend und im Interesse der Schweiz. Für die Kenntnisnahme und Berücksichtigung unserer Stellungnahme danken wir Ihnen.

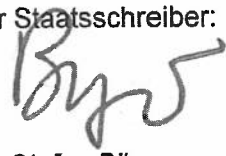


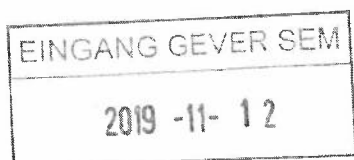
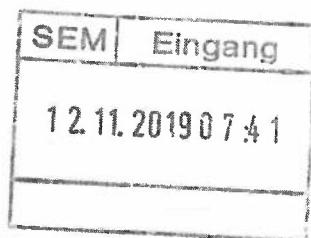
Im Namen des Regierungsrates

Der Präsident:

  
Ernst Lendolt

Der Staatsschreiber:

  
Dr. Stefan Bilger



Staatssekretariat für Migration  
Direktionsbereich Zuwanderung  
und Integration  
Frau Boiana Krantcheva  
Herr Sascha Finger  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

11. November 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens;  
Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie uns eingeladen, zum "Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens" Stellung zu nehmen. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Meinungsäusserung und lassen uns gerne wie folgt vernehmen:

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU) hat auch Konsequenzen für die Schweiz, da die Beziehungen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich derzeit weitgehend durch die bilateralen Abkommen zwischen der EU und der Schweiz geregelt werden. Das vorgeschlagene befristete Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt würde im Falle eines No-Deals mit dem Ziel zur Anwendung gelangen, zeitlich befristet den Übergang von der Personenfreizügigkeit hin zu einer Drittstaatenregelung bezüglich der Zulassung von Arbeitskräften zu erleichtern.

Aufgrund der speziellen Situation des Vereinigten Königreichs im Kontext des Brexit erachtet der Kanton Solothurn das vorgeschlagene Abkommen grundsätzlich als opportun. Namentlich kann nachvollzogen werden, dass in einzelnen Bereichen von den geltenden Bestimmungen für Drittstaatsangehörige abgewichen werden soll und dass Staatsangehörige des Vereinigten Königreichs trotz EU-Austritts weiterhin von der geografischen und beruflichen Mobilität profitieren sollen. Ebenfalls begrüsst wird, dass die für Drittstaatsangehörige vorgesehene Einschränkung der Grenzgänger für britische Arbeitskräfte nicht gelten soll. Es scheint im Gegenzug aber auch schlüssig, dass die integrationsrechtlichen Bestimmungen wie bei den übrigen Drittstaatsangehörigen zur Anwendung kommen und auch die orts- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen einzuhalten sind.

Bei Art. 4 Abs. 3 lit. b des Abkommens fehlt unserer Meinung nach der Hinweis «im Einzelfall». Dieser Hinweis ist sowohl in lit. a wie auch in lit. c enthalten. Gemäss erläuterndem Bericht sollte er ebenfalls in lit. b vorgesehen sein, zumal eine ungleiche Behandlung nicht angezeigt ist und es sich wohl eher um ein redaktionelles Versehen handelt. Ohne diese Ergänzung wären die

persönlichen Voraussetzungen in Bezug auf die beruflichen Qualifikationen ansonsten nie anwendbar. Der Hinweis im «Einzelfall» ist daher im Art. 4 Abs. 3 lit. b zu ergänzen.

Bezüglich der vorgenannten Abweichung der Zulassungsvoraussetzungen für Arbeitnehmende aus dem Vereinigten Königreich in Art. 4 Abs. 3 des Abkommens, hat der Kanton Solothurn jedoch Vorbehalte. Sollen nicht nur hochqualifizierte Arbeitskräfte, sondern in Einzelfällen auch Arbeitskräfte in weniger qualifizierten Berufen zugelassen werden oder auf die Prüfung des Vorrangs verzichtet werden, sind diese Einzelfälle, in denen Abweichungen von den Zulassungsvorschriften möglich sind, zwingend näher zu definieren. Ansonsten können die Einzelfälle schnell zum Regelfall werden. Dies insbesondere auch im Hinblick darauf, dass kein Zustimmungsverfahren beim Staatssekretariat für Migration vorgesehen ist. Das Schaffen einer einheitlichen Handhabung bzw. Praxis ist hernach nicht gegeben. Vielmehr besteht die Gefahr, dass durch die unterschiedliche Handhabung der jeweiligen Kantone – und unter Berücksichtigung der gewährten geografischen und beruflichen Mobilität – rasch eine Rechtsunsicherheit herrschen könnte. Aufgrund dessen erachten wir eine Präzisierung, in welchen Fällen von den Zulassungsvorschriften abgewichen werden kann, als dringend notwendig.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen bei der Weiterbehandlung des Geschäfts.

IM NAMEN DES REGIERUNGSRATES



Roland Furst  
Landammann



Pascale von Roll  
Staatsschreiber – Stellvertreterin

2019 -11- 21

Thurgau



Staatskanzlei, Regierungsgebäude, 8510 Frauenfeld

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
Frau Karin Keller-Sutter  
Bundesrätin  
3003 Bern

Eidg. Justiz- und  
Polizeidepartement

21. Nov. 2019

No. \_\_\_\_\_

Frauenfeld, 19. November 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

### Vernehmlassung

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum oben erwähnten Abkommen Stellung nehmen zu können.

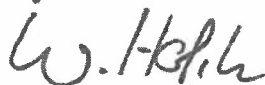
Angesichts der engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich ist es wichtig, Regelungen bezüglich des gegenseitigen Zugangs zum Arbeitsmarkt vorzusehen. Die vorgeschlagenen Bestimmungen ermöglichen eine weitestmögliche Fortschreibung der Personenfreizügigkeit, wie sie im Verhältnis zur EU gilt. Dies erhöht die Planungssicherheit von Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern, die ihre Arbeitskräfte im Vereinigten Königreich rekrutieren möchten, aber auch diejenige der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, die im jeweils anderen Land einem Erwerb nachgehen möchten. Wir begrüssen daher die vorgeschlagenen Regelungen.

Mit freundlichen Grüssen

Der Präsident des Regierungsrates

  
Der Staatsschreiber

i. V.





5011

fr

0

16 ottobre 2019

Repubblica e Cantone Ticino  
Consiglio di Stato  
Piazza Governo 6  
Casella postale 2170  
6501 Bellinzona  
telefono +41 91 814 43 20  
fax +41 91 814 44 35  
e-mail can-sc@ti.ch

Repubblica e Cantone  
Ticino

## Il Consiglio di Stato

Dipartimento federale di giustizia e polizia  
DFGP  
Palazzo federale ovest  
3003 Berna

Invio per posta elettronica:  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

**Procedura di consultazione concernente l'Accordo tra la Confederazione Svizzera e il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord sull'ammissione al mercato del lavoro per un periodo di transizione temporaneo in seguito al recesso del Regno Unito dall'Unione europea e dall'accordo sulla libera circolazione delle persone**

Gentili signore,  
Egregi signori,

abbiamo ricevuto la vostra lettera del 14 agosto 2019 in merito alla summenzionata procedura di consultazione e, ringraziando per l'opportunità che ci viene offerta di esprimere il nostro giudizio, formuliamo le seguenti osservazioni.

### 1. Considerazioni generali

Il Governo cantonale saluta positivamente la conclusione dell'Accordo tra la Confederazione Svizzera e il Regno Unito di Gran Bretagna e Irlanda del Nord sull'ammissione al mercato del lavoro per un periodo di transizione temporaneo in seguito al recesso del Regno Unito dall'Unione europea (UE) e dall'Accordo sulla libera circolazione delle persone. In effetti, considerato che gli Accordi bilaterali tra la Svizzera e l'UE cesseranno di essere applicati al Regno Unito in seguito all'uscita senza Accordo di quest'ultimo il 1. novembre 2019 o in caso di Accordo, dopo la conclusione della fase transitoria, è necessario disporre di nuove basi legali, al fine di evitare vuoti giuridici.

Parimenti, l'Esecutivo cantonale concorda con l'Autorità federale sull'importanza di disporre di una chiara regolamentazione in questo settore anche in futuro, considerato che, sul piano economico, politico e migratorio, il Regno Unito è considerato un partner importante per la Svizzera, con cui è opportuno continuare a mantenere rapporti stretti, stabili e prevedibili anche nel futuro prossimo. Ciò al fine di garantire gli interessi di politica interna ed esterna della Svizzera nell'ambito degli scambi in essere con il Regno britannico.

## **2. Considerazioni sui singoli aspetti**

### **2.1 Ad art. 4 (Principi di ammissione in Svizzera dei lavoratori subordinati e autonomi del Regno Unito)**

La disposizione di cui all'art. 4 cpv. 3 e 5 nell'esame dell'accesso al mercato del lavoro svizzero, esonera i cittadini britannici, lavoratori dipendenti dalla valutazione della priorità su base individuale, come pure dall'esame dei requisiti personali relativi alle qualifiche professionali e l'interesse economico su base individuali, sia per i lavoratori dipendenti che per quelli indipendenti. Questa impostazione a nostro avviso, oltre a non accrescere l'attuale onere amministrativo per le Autorità della migrazione e del lavoro, va nella direzione dello spirito di questo Accordo. Infatti questa agevolazione contribuisce a mantenere i buoni rapporti con il Regno Unito, garantendo un accesso facilitato al nostro mercato del lavoro da parte dei suoi cittadini.

### **2.2 Ad art. 6 (Mobilità professionale)**

Relativamente alla deroga rispetto al regime previsto dalla LStrl, secondo il quale ai titolari di permessi di dimora temporanea (L) è preclusa la mobilità professionale, riteniamo che la stessa sia giustificata, al fine di continuare a garantire ai cittadini britannici una certa mobilità e flessibilità sul nostro mercato del lavoro, mantenendo la situazione di cui godevano finora sotto il regime dell'ALC.

### **2.3 Ad art. 11 (Comitato misto)**

In merito al contenuto di questo disposto, siamo dell'avviso che, per una questione di chiarezza e a scanso di equivoci, sia opportuno indicare in maniera esplicita che la decisione di adottare tetti massimi per l'accesso dei lavoratori britannici al mercato del lavoro svizzero non dipende dal Comitato misto ma che essa rimane di esclusiva pertinenza del Consiglio federale. In effetti questo aspetto non viene menzionato nel testo del disposto ma ci si limita a specificarlo nel Rapporto esplicativo nell'ambito del relativo commento (cfr. Rapporto esplicativo, pto 3, pag. 9)

## **3. Conclusioni**

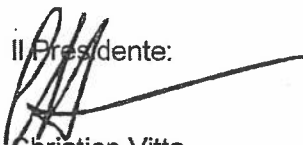
Per quanto di competenza dell'Autorità della migrazione e del mercato del lavoro osserviamo, relativamente all'impatto sui Cantoni, che l'Accordo in parola non dovrebbe comportare ulteriori aggravii, né dal punto di vista finanziario né amministrativo.

In effetti i contenuti dell'Accordo, in particolare quelli di cui all'art. 4 cpv. 3 e 5, avranno solo un impatto marginale sul compito di controllo esperito dall'Autorità cantonale, ritenuto che, per l'elaborazione delle domande dei permessi dei lavoratori britannici, a differenza dell'esame a cui sono sottoposti i cittadini provenienti da Stati terzi che intendono accedere al mercato del lavoro del nostro Paese, viene meno un onere di verifica non indifferente. Difatti, nel caso dei cittadini britannici non verranno esaminate la priorità su base individuale per i lavoratori dipendenti come neppure i requisiti personali relativi alle qualifiche professionali e l'interesse economico su base individuali, sia per i lavoratori dipendenti che per quelli indipendenti.

Tutti i contenuti dell'Accordo in parola sono pertanto salutati positivamente, ad eccezione della riserva inerente all'art. 11 sul Comitato misto, che a nostro avviso, come suindicato, necessita di essere completato inserendo l'indicazione che la fissazione dei contingenti inerenti ai lavoratori britannici non dipende da questo gremio ma è di competenza esclusiva del Consiglio federale.

Vogliate gradire, gentili signore ed egregi signori, l'espressione della nostra stima.

Il Presidente:

  
Christian Vitta

PER IL CONSIGLIO DI STATO

Il Cancelliere:

  
Arnaldo Coduri

Copia per conoscenza a:

- Dipartimento delle istituzioni ([di-dir@ti.ch](mailto:di-dir@ti.ch));
- Dipartimento delle finanze e dell'economia ([dfe-dir@ti.ch](mailto:dfe-dir@ti.ch));
- Segreteria generale del Dipartimento delle istituzioni ([di-sg.ap@ti.ch](mailto:di-sg.ap@ti.ch));
- Sezione della popolazione ([di-sp.direzione@ti.ch](mailto:di-sp.direzione@ti.ch));
- Deputazione ticinese alle Camere federali ([can-relazioniesterne@ti.ch](mailto:can-relazioniesterne@ti.ch));
- Pubblicazione in Internet.

Staatssekretariat für Migration SEM  
Direktionsbereich Zuwanderung und Integration  
Sektion Arbeitskräfte Deutsche Schweiz  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

Via E-Mail an  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Altdorf, 31. Oktober 2019 Uc/Uz

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens: Vernehmlassung**

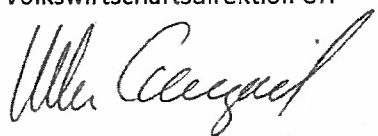
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 geben Sie uns Gelegenheit zum «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreiches aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens», Stellung zu nehmen. Für diese Möglichkeit bedanken wir uns.

Wir unterstützen das Abkommen und die Befristung auf Ende 2020 sowie dass mit diesem Vorgehen auf die Rechts- und Planungssicherheit bei den Schweizer Unternehmen Rücksicht genommen wird. Wir haben keine Änderungs- oder Ergänzungswünsche zum Entwurf des Abkommen vorzubringen.

Freundliche Grüsse

Volkswirtschaftsdirektion Uri

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Urban Camenzind', written in a cursive style.

Urban Camenzind, Regierungsrat

Kopie an:

- Amt für Arbeit und Migration



## CONSEIL D'ETAT

Château cantonal  
1014 Lausanne

Madame la Conseillère fédérale  
Karin Keller-Sutter  
Cheffe du Département fédéral de justice  
et police  
Palais fédéral ouest  
3003 Berne

*Par courrier électronique à :*  
*Bioana.krantcheva@sem.admin.ch*  
*Sascha.finger@sem.admin.ch*

Réf. : MFP/15026003

Lausanne, le 20 novembre 2019

**Consultation fédérale relative à l'accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes**

Madame la Conseillère fédérale,

Le Conseil d'Etat vous remercie de l'avoir consulté au sujet de l'objet cité en marge. Après avoir sollicité la prise de position des milieux concernés, il a l'avantage de se prononcer comme suit sur l'accord mis en consultation.

D'une manière générale, le Conseil d'Etat salue les mesures adoptées par le Conseil fédéral dans le cadre de sa stratégie « Mind the Gap » visant à préserver les bonnes relations bilatérales entre la Suisse et le Royaume-Uni au-delà du Brexit. En effet, le Royaume-Uni demeure un partenaire particulièrement important de la Suisse et du Canton de Vaud.

Le Conseil d'Etat est favorable à la conclusion de cet accord temporaire dont l'objectif est d'anticiper l'éventuelle sortie désordonnée de l'Union européenne de la part du Royaume-Uni et d'atténuer, pendant une période transitoire, les conséquences de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes. Le gouvernement vaudois soutient particulièrement l'admission facilitée dont bénéficieront les ressortissants suisses et britanniques souhaitant immigrer dans l'autre pays afin d'exercer une activité lucrative.

Du point de vue de l'admission des ressortissants britanniques sur le marché du travail suisse, il est relevé avec satisfaction que des facilités seront prévues en matière de traitement des demandes d'autorisations. En outre, en ce qui concerne l'admission de ressortissants britanniques pour une durée supérieure à quatre mois, la fixation d'un contingent annuel séparé permettra de tenir compte de la demande spécifique de main-

d'œuvre en provenance du Royaume-Uni sur le marché du travail suisse. Le Conseil d'Etat souligne toutefois la nécessité d'une réévaluation régulière de ce contingent et d'une adaptation anticipée en cas de besoin, afin d'éviter tout blocage.

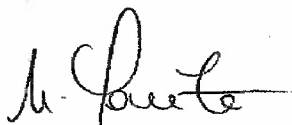
Finalement, le Conseil d'Etat constate que les prestataires de services transfrontaliers ne sont pas visés par l'accord relatif à l'accès au marché du travail. Il sera dès lors nécessaire de prévoir des règles évitant, là aussi, des difficultés de gestion pour les entreprises du Canton de Vaud ayant recours aux services de ces prestataires.

L'accord en lui-même et le rapport explicatif ne suscitent pas d'autres remarques de notre part.

Réitérant ses remerciements de l'avoir associé à cette consultation, le Conseil d'Etat vous prie de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'assurance de sa haute considération.

AU NOM DU CONSEIL D'ETAT

LA PRESIDENTE



Nuria Gorrite

LE CHANCELIER



Vincent Grandjean

**Copies**

- OAE
- SDE



Madame  
Karin Keller-Sutter  
Conseillère fédérale  
Secrétariat d'Etat aux migrations  
Quellenweg 6  
3003 Berne-Wabern

Date 6 novembre 2019

**Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous accusons réception de votre courrier du 14 août 2019 et vous remercions de nous consulter sur le projet d'accord cité en titre.

En préambule, le canton du Valais tient à saluer la stratégie du Conseil fédéral visant à réduire au maximum les inconvénients qu'engendrerait une sortie du Royaume-Uni de l'Union européenne sans accord.

Cette situation inédite crée de nombreuses incertitudes pour nos entreprises, incertitudes qu'il convient de limiter autant que faire se peut afin de permettre aux acteurs économiques de travailler avec une certaine prévisibilité.

L'accord soumis à consultation constitue une réponse adaptée à ces incertitudes et un complément nécessaire à l'accord sur les droits acquis déjà négocié par le Conseil fédéral. Les facilités prévues d'accès au marché du travail permettront ainsi de poursuivre le recrutement de collaborateurs britanniques, notamment dans le secteur touristique.

Il est néanmoins regrettable que cet accord ne traite pas de la question des prestations de services transfrontalières. Or, plusieurs entreprises britanniques sont actives sur notre territoire et se retrouvent actuellement dans une situation délicate puisque ne sachant pas exactement comment elles seront traitées en cas de Brexit « dur ». Sans accord permettant de faciliter leur venue en Suisse, la procédure actuelle basée sur un droit d'activité de 90 jours par année ne s'appliquera plus et ces entreprises se verront soumises à des dispositions plus contraignantes et onéreuses afin de disposer d'une autorisation.

Au vu de ce qui précède, le Conseil d'Etat valaisan soutient le projet d'accord tel que présenté et suggère que la question des prestataires de services transfrontaliers soit également abordée avec les autorités britanniques.

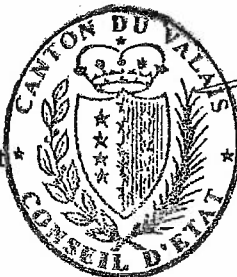
Nous vous remercions par avance de l'attention que vous porterez à notre prise de position et vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Au nom du Conseil d'Etat

Le président



Roberto Schmidt



Le chancelier



Philipp Spörri

Copie à [boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sasha.finger@sem.admin.ch](mailto:sasha.finger@sem.admin.ch)

Regierungsrat, Postfach, 6301 Zug

**Nur per E-Mail**

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
Frau Bundesrätin  
Karin Keller-Sutter  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Zug, 12. November 2019 sa

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**  
**Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie die Kantonsregierungen im obgenannten Vernehmlassungsverfahren zur Stellungnahme eingeladen. Wir danken für die Möglichkeit der Stellungnahme.

**Antrag:**

Das vorliegende Abkommen sei so abzuschliessen.

**Bemerkungen:**

Wir unterstützen das befristete Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt, welches im Falle eines No-Deal-Brexits mit dem Ziel zur Anwendung gelangen würde, zeitlich befristet den Übergang von der Personenfreizügigkeit hin zu einer Drittstaatenregelung bezüglich Zulassung von Arbeitskräften abzufedern. Dieses Vorgehen ergänzt konsequent die vorgängig schon verhandelten Abkommen betreffend Erhalt der bisher erworbenen Rechte, Handel, Migration, Land- und Luftverkehr sowie Versicherungen und wird der wirtschaftlich starken, gegenseitigen Verflechtung gerecht.

Das Abkommen regelt befristet bis am 31. Dezember 2020 (mit Verlängerungsmöglichkeit) eine erleichterte Zulassung zum Arbeitsmarkt von britischen Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz und von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Vereinigten Königreich im Falle eines No-Deal-Brexits. Ohne dieses Abkommen würden britische Bürgerinnen und Bürger im Falle eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und aufgrund des Wegfalls der Personenfreizügigkeit für das Vereinigte Königreich in Bezug auf den Zugang zum Ar-

beitsmarkt den geltenden Bestimmungen für Drittstaatsangehörige nach dem Ausländer- und Integrationsgesetz (AIG) unterliegen.

Des Weiteren ist im Abkommen festgehalten, dass der Bundesrat das gesamtwirtschaftliche Interesse und den Inländervorrang bei der Festlegung der Kontingente berücksichtigt. Der Bundesrat behält seinen Spielraum, die Höhe und Art der Kontingente eigenständig zu bestimmen. So hat der Bundesrat am 22. März 2019 für den Fall eines No-Deal-Brexits 3500 Kontingente für Bürgerinnen und Bürger des Vereinigten Königreichs in der Verordnung über Zulassung, Aufenthalt und Erwerbstätigkeit festgelegt. Die Zulassung ist damit gemäss den Bestimmungen des AIG für Drittstaatsangehörige durch Höchstzahlen begrenzt.

Freundliche Grüsse  
Regierungsrat des Kantons Zug



Stephan Schleiss  
Landammann



Tobias Moser  
Landschreiber

Kopie per E-Mail an:

- [boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch) (Word- und PDF-Format)
- [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch) (Word- und PDF-Format)
- Zuger Mitglieder der Vereinigten Bundesversammlung
- Volkswirtschaftsdirektion ([info.vds@zg.ch](mailto:info.vds@zg.ch))
- Sicherheitsdirektion ([info.sd@zg.ch](mailto:info.sd@zg.ch))
- Amt für Wirtschaft und Arbeit ([info.awa@zg.ch](mailto:info.awa@zg.ch))



EINGANG GEVER SEM

2019 -11- 13

Kanton Zürich  
Regierungsrat

Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement  
3003 Bern

Eidg. Justiz- und  
Polizeidepartement

13. Nov. 2019

Nr. \_\_\_\_\_

6. November 2019 (RRB Nr. 1013/2019)

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft  
und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland  
über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit  
infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen  
Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens; Vernehmlassung**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Mit Schreiben vom 14. August 2019 haben Sie uns die Vernehmlassungsvorlage zum genannten Abkommen unterbreitet. Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und teilen Ihnen mit, dass wir das Abkommen unterstützen. Unklar ist aus unserer Sicht einzig, ob das Recht des Vereinigten Königreichs einen Inländervorrang kennt. Sollte dies der Fall sein, müsste dies im Abkommen erwähnt werden.

Genehmigen Sie, sehr geehrte Frau Bundesrätin,  
die Versicherung unserer ausgezeichneten Hochachtung.

Im Namen des Regierungsrates

Die Präsidentin:

Die Staatsschreiberin:

Carmen Walker Späh

Dr. Kathrin Arioli



Eidgenössisches Polizei- und Justizdepartement  
Staatssekretariat für Migration SEM

Per Mail an  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Bern, 21.11.2019/TH  
VL Abkommen UK  
Zugang Arbeitsmarkt

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens  
Vernehmlassungsantwort der FDP.Die Liberalen**

Sehr geehrte Damen und Herren

Für Ihre Einladung zur Vernehmlassung der oben genannten Vorlage danken wir Ihnen. Gerne geben wir Ihnen im Folgenden von unserer Position Kenntnis.

FDP.Die Liberalen begrüsst das Abkommen mit dem Vereinigten Königreich (UK) von Grossbritannien und Nordirland, das die Zulassung von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern zum gegenseitigen Arbeitsmarkt über den Wegfall des Freizügigkeitsabkommens hinaus garantiert, ausdrücklich.

Der Austritt von Grossbritannien aus der Europäischen Union wirkt sich in verschiedenen Bereichen auch auf die Schweiz aus. Der Zugang zum gegenseitigen Arbeitsmarkt wurde bisher über das Freizügigkeitsabkommen (FZA) zwischen der Schweiz und der EU geregelt. Das vorliegende Übergangsabkommen tritt in Kraft, sobald das FZA als Gesetzesgrundlage für die Zulassung zum gegenseitigen Arbeitsmarkt wegbreicht. Ohne dieses Übergangsabkommen würden in diesem Fall die ausländerrechtlichen Bestimmungen des Ausländer- und Integrationsgesetzes gelten – sprich: UK-Bürger würden unter die ohnehin schon knappen Drittstaatenkontingente fallen.

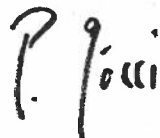
Im Hinblick auf die engen politischen, wirtschaftlichen und wissenschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und UK bedarf es einer Übergangslösung von der Personenfreizügigkeit hin zu einer neuen Drittstaatenregelung, die den engen Beziehungen beider Länder Rechnung trägt. Das vorliegende Abkommen schafft im Falle eines ungeordneten Austritts weitgehende Rechts- und Planungssicherheit in Bezug auf den Arbeitsmarkt, indem ein Spezialkontingent (3500) für erwerbstätige Personen aus UK geschaffen wird. Die FDP geht davon aus, dass die Höhe dieses Kontingents den Bedürfnissen der Schweizer Wirtschaft entspricht. Sollte sich dieses als zu tief erweisen, ist eine Erhöhung ins Auge zu fassen, um einen reibungslosen Übergang vom FZA sicherzustellen. Die FDP begrüsst, dass die UK-Seite gänzlich auf eine Kontingentierung von Arbeitnehmenden aus der Schweiz verzichtet. Damit werden Schweizerinnen und Schweizer weiterhin barrierefrei im Vereinigten Königreich eine Arbeit antreten können. Dies entspricht den Bedürfnissen einer zunehmend mobilen Gesellschaft.

Der erläuternde Bericht hält explizit fest, dass Studierende vom vorliegenden Abkommen ausgenommen sind. Beide Vertragsparteien zeichnen sich durch exzellente Forschungsstandorte aus. Wie bereits in unserer Vernehmlassungsantwort zum Handelsabkommen zwischen der Schweiz und UK vom 30.08.2019 dargelegt, fordern wir den Bundesrat auf, auch im Forschungsbereich eine enge Zusammenarbeit ausserhalb der entsprechenden EU-Programme zu initiieren. In diesem soll der Austausch von Studierenden mitberücksichtigt werden.

Wir danken Ihnen für die Gelegenheit zur Stellungnahme und die Berücksichtigung unserer Argumente.

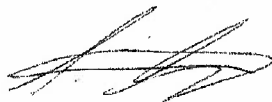
Freundliche Grüsse

FDP.Die Liberalen  
Die Präsidentin

Handwritten signature of Petra Gössi in black ink.

Petra Gössi  
Nationalrätin

Der Generalsekretär

Handwritten signature of Samuel Lanz in black ink.

Samuel Lanz



Eidg. Justiz- und Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM  
3003 Bern  
[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch) und  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Bern, 21. November 2019

**Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA)**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Zustellung der Vernehmlassungsunterlagen zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens (FZA). Gerne nehmen wir dazu Stellung.

**Zustimmung:** Die Sozialdemokratische Partei der Schweiz (SP) stimmt der Genehmigung dieses Abkommens zu.

**Worum es geht:** Ziel des Abkommens über die Zulassung zum Arbeitsmarkt ist es, im Falle eines No-Deals zeitlich befristet den Übergang von der Personenfreizügigkeit hin zu einer Drittstaatenregelung bezüglich Zulassung von Arbeitskräften abzufedern.

**Inkrafttreten:** Das befristete Abkommen tritt allein in Kraft, falls der Brexit ohne Übergangsregelung mit der EU erfolgt («no-deal») und aus diesem Grund das Freizügigkeitsabkommen (FZA) in Beziehung zum Vereinigten Königreich wegfällt. Das FZA kann freilich in Bezug auf das Vereinigte Königreich auch wegfallen, falls sich UK und EU auf eine Übergangsregelung («deal») einigen. Die SP bedauert, dass für diesen Fall keine Abfederung vorgesehen ist, denn auch in dieser Situation wäre mit einschneidenden Folgen zu rechnen.

Sozialdemokratische Partei  
der Schweiz

Theaterplatz 4  
Postfach · 3001 Bern

Telefon 031 329 69 69  
Telefax 031 329 69 70

[info@spschweiz.ch](mailto:info@spschweiz.ch)

[www.spschweiz.ch](http://www.spschweiz.ch)

**Weitere Lücken des Abkommens:** Obschon es um Arbeitsmarktzugang geht, verzichtet das Abkommen darauf, Ersatzregelungen für die FZA-Bestimmungen über die Anerkennung von Qualifikationsabschlüssen oder Berufsausübungsbewilligungen zu treffen, was die SP bedauert. Sehr unbefriedigend ist auch, dass Nichterwerbstätige, Personen im Familiennachzug, grenzüberschreitende Dienstleistungserbringer und Studierende ebenfalls nicht in den Geltungsbereich des Abkommens fallen. Damit wächst das Risiko, einer Zweiklassengesellschaft von Privilegierten und Nichtprivilegierten Vorschub zu leisten, was aus der Sicht der Rechtsgleichheit unannehmbar wäre. Inakzeptabel wäre für die SP zudem, wenn aufgrund der fehlenden Regelungen zum Familiennachzug eine Rückkehr zur Baracken-Schweiz vorgespurt werden sollte. Umso wichtiger ist das parallele Abkommen der Schweiz mit dem Vereinigten Königreich über die Wahrung der unter dem FZA erworbenen Rechte. Laut Artikel 23 FZA bleiben bei Wegfall des FZA erworbene Ansprüche von Einzelnen unberührt, darunter Aufenthaltsrechte; das Recht auf Anerkennung von Berufsqualifikationen; das Recht auf Familiennachzug; das Recht zur Ein- und Ausreise; das Recht auf Daueraufenthalt nach Ablauf bestimmter Fristen; das Recht zur Erbringung von Dienstleistungen im Hoheitsgebiet der anderen Partei während 90 Arbeitstagen pro Kalenderjahr usw. Die alleinige Fokussierung des vorliegenden Abkommens auf Bedürfnisse der Wirtschaft widerspricht grundlegenden Menschenrechten in Bezug auf Familie, Kinder, Bildung usw. Die SP vermisst einen expliziten Hinweis auf den Schutz erworbener Rechte gemäss Artikel 23 FZA.

**Auslandsschweizer/innen kommen weit besser weg als Briten und Britinnen in der Schweiz:** Wie diskriminierend mittlerweile die Bestimmungen im Ausländer- und Integrationsgesetz (SR 142.20; AIG) sind, zeigt sich daran, dass die im Vereinigten Königreich niedergelassenen Auslandsschweizer und Auslandsschweizerinnen weit besser wegkommen als die Briten und Britinnen in der Schweiz. Möglich wird dies durch Artikel 3 Absatz 2 des Abkommens, der günstigere Bestimmungen des nationalen Rechts vorbehält. Für britische Staatsangehörige, die unter das Abkommen fallen, werden die Bestimmungen des AIG und von dessen Ausführungserlassen subsidiär angewendet. Sie sind für Betroffene in der Regel weit nachteiliger als die aktuellen Bestimmungen im FZA. Für schweizerische Staatsangehörige im Vereinigten Königreich gelten demgegenüber die Voraussetzungen gemäss dem am 28. Januar 2019 durch das Vereinigte Königreich publizierte Policy Paper für EU/EFTA-Bürgerinnen und Bürger. Demnach sind Aufenthalte bis zu drei Monaten ohne Aufenthaltstitel möglich. Wer sich länger als drei Monate im Vereinigten Königreich aufhalten will, muss sich registrieren und erhält einen dreijährigen Aufenthaltstitel. Geprüft werden lediglich die Identität und ein Strafregisterauszug. Es gibt somit keinerlei Prüfung arbeitsmarktlischer Voraussetzungen, keine Beschränkungen des Familiennachzuges, keine Integrationsvorschriften usw. Die SP bedauert diese Rechtsungleichheit.

**Flankierende Massnahmen:** Positiv wertet die SP, dass in Artikel 4 Absatz 4 des Abkommens der in der Schweiz zu beachtende Lohnschutz und der Schutz der Arbeitsbedingungen ausdrücklich vorbehalten wird. Demnach sind die orts-, berufs- und branchenüblichen Lohn- und Arbeitsbedingungen wie bei der Zulassung von Personen aus Drittstaaten einzuhalten und durch die kantonalen Behörden zu prüfen.

**Problematische Androhung der nachträglichen Rückstufung oder gar Widerrufs von Aufenthaltsbewilligungen:** Der erläuternde Bericht droht allen britischen Staatsangehörigen, die bisher von den Rechten und Pflichten des FZA profitiert haben, die a posteriori-Überprüfung ihrer bestehenden Aufenthaltstitel an, d.h. die Überprüfung nach Erteilung der Bewilligungen. Diese Drohkulisse widerspricht dem Grundgedanken der «mind-the-gap»-Strategie, die das Ziel verfolgt, die bestehenden Rechte und Pflichten Schweiz-UK über den EU-Austritt des UK hinaus soweit als möglich zu sichern. Statt bestehendes Recht zu

schützen, weist der erläuternde Bericht auf die Möglichkeit hin, bestehende Niederlassungsbewilligungen C unter irgendeinem Vorwand auf Jahresaufenthalt B zurückzustufen und/oder ganz zu entziehen. Zwar ist richtig, dass Art. 62 und 63 AIG neu den Widerruf von Niederlassungsbewilligungen unter bestimmten Voraussetzungen vorsehen. Die «mind-the-gap»-Strategie will aber eigentlich genau vor einem derart gravierenden Verlust wohlverworbener Rechte schützen. Dazu hat sich die Schweiz auch in Art. 23 FZA verpflichtet. Dies zu respektieren ist umso wichtiger, als die bisherige Praxis zur Umsetzung der neuen Art. 62 und 63 AIG durch die Kantone von einer grossen Willkür geprägt ist. Es gibt kantonale Ämter, welche beispielsweise Personen die Niederlassungsbewilligung C entzogen haben, die ein Leben lang auf dem Bau hart gearbeitet und kurz vor ihrer Pensionierung aufgrund von berufsbedingten gesundheitlichen Problemen in die Sozialhilfe gerutscht sind. Das ist inakzeptabel. Die SP fordert, dass die «mind-the-gap»-Strategie nicht allein Wirtschaftsinteressen schützt, sondern auch die Rechte der Arbeitnehmenden und ihrer Familien.

**Unterstellung unter das fakultative Referendum:** Die SP teilt die Einschätzung im erläuternden Bericht, dass das vorliegende Abkommen wichtige rechtsetzende Bestimmungen enthält und deshalb vom Parlament genehmigt werden muss und auch dem fakultativen Referendum zu unterstellen ist.

**Problematische Privilegierung:** Das Abkommen zielt darauf ab, Staatsangehörige des Vereinigten Königreiches gegenüber anderen Drittstaat-Angehörigen privilegiert zu behandeln. Die SP fragt sich, ob diese Sonderregelung WTO-konform ist, namentlich weil sie dann doch weniger weit geht als den Schutz wohlverworbener FZA-Rechte. Die Schweiz verfügt allein mit Hinblick auf die bilateralen Verträge mit EU/EFTA-Ländern über eine spezifische Ausnahme von der WTO-Pflicht zur Meistbegünstigung für Massnahmen betreffend den Personenverkehr. Nach dem Brexit ist das Vereinigte Königreich aber weder ein EU- noch ein EFTA-Staat.

**Unerwünschtes aussenpolitisches Signal:** Das Abkommen birgt auch in europapolitischer Sicht problematische Aspekte. Nur ganz wenige Staaten haben sich bisher dazu hergegeben, mit dem Vereinigten Königreich bilaterale Verträge auszuhandeln. Als Noch-EU-Mitgliedstaat ist das Vereinigte Königreich gar nicht befugt, formelle Vertragsverhandlungen mit Drittstaaten zu führen. Die Kompetenz zum Abschluss von Aussenwirtschaftsverträgen und Niederlassungsverträgen liegt allein bei der EU. Die SP erwartet insofern grösstmögliche aussenpolitische Zurückhaltung mit Blick auf das vorliegende Abkommen.

Wir danken Ihnen, geschätzte Damen und Herren, für die Kenntnisnahme und die Berücksichtigung unserer Anliegen und verbleiben mit freundlichen Grüssen

Sozialdemokratische Partei der Schweiz



Christian Levrat  
Präsident



Peter Hug  
Politischer Fachsekretär

Eidgenössisches Justiz- und Poli-  
zeidepartement  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Elektronisch an:

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)

[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Bern, 21. November 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

#### **Vernehmlassungsantwort der Schweizerischen Volkspartei (SVP)**

Sehr geehrte Damen und Herren

Wir nehmen im Rahmen der rubrizierten Vernehmlassung Stellung zur Vorlage. Wir äussern uns dazu wie folgt:

**Aufgrund eines möglichen unregelmässigen Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU muss die Schweiz Fragen bezüglich der bilateralen Migration klären. Um insbesondere den rechtlichen Status von Bürgern beider Länder, welche jeweils im anderen Land leben und arbeiten, während der vorgeschlagenen Übergangsfrist zu sichern, unterstützt die SVP die Stossrichtung des bilateralen Abkommens. Die SVP lehnt jedoch die Personenfreizügigkeit mit der EU sowie zukünftig auch mit dem Vereinigten Königreich prinzipiell ab. Deshalb muss nach Ablauf der Übergangsfrist, die Drittstaatenregelung mit Grossbritannien unverzüglich eingeführt werden, und die Möglichkeit einer Verlängerung des vorliegenden Abkommens ausgeschlossen werden.**

Die vorliegende Vorlage ist Teil der "Mind the Gap"-Strategie, welche sicherstellen soll, dass nach dem unregelmässigen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU, eine möglichst fraktionslose Änderung des Status der jeweiligen Bürger, weg von der Personenfreizügigkeit und hin zur Drittstaatenregelung, eingeführt wird. Da 34'500 Schweizer im Vereinigten Königreich leben und gleichzeitig 43'000 britischer Staatsangehörigen in der Schweiz wohnhaft sind, ist die unmittelbare Klärung ihres Migrationsstatus wichtig. Während einer Übergangsphase zwischen dem unregelmässigen Austritt bis am 31. Dezember 2020 wird gegenseitig eine abgespeckte Version einer Drittstaatenkontingentierung eingeführt.

Die gegenseitig eingeführte Art der Drittstaatskontingentierung erlaubt es, Bürger des Vereinigten Königreichs, ohne Prüfung der Anforderung an die Qualifikation der Arbeitnehmer aus dem Vereinigten Königreich und ohne Einbezug der wirtschaftlichen Interessen der Schweiz, in die Schweiz einzuwandern. Allerdings sind die bürokratischen Hürden für die Einwanderung verglichen mit der Personenfreizügigkeit höher. So muss der Schweizerische Arbeitgeber zum Beispiel marktübliche Lohn- und Arbeitsbedingungen beim Kanton darlegen, um die Arbeitsbewilligung zu erhalten.

Der Bundesrat hat bereits die jährliche Höchstgrenze für eine Kontingentierung festgelegt, und erlaubt 3'500 Bürger des Vereinigten Königreichs im Falle eines «No-Deals», in die Schweiz einzuwandern um zu arbeiten. Damit steuert im konkreten Fall die Schweiz die Zuwanderung gemäss Art. 121a der Bundesverfassung eigenständig. Während der Anwendungszeit des vorliegenden Abkommens werden jedoch, wie im Fall der Personenfreizügigkeit, nicht nur hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem Vereinigten Königreich in die Schweiz einwandern, sondern auch Unqualifizierte, welche zusätzlichen Druck auf den Schweizer Arbeitsmarkt ausüben. Die weitreichenden negativen Folgen der Personenfreizügigkeit überwiegen in einer Güterabwägung, deshalb lehnt die SVP die Personenfreizügigkeit kategorisch ab.

Das Abkommen ist zwar grundsätzlich bis am 31. Dezember 2020 befristet, aber kann durch eine Entscheidung des Gemischten Ausschusses und des Bundesrates verlängert werden (Art. 13 Abs. 2). Diese Verlängerungsmöglichkeit ist in der Vorlage zu streichen, da das Parlament ausgehebelt wird und die vom Abkommen betroffenen Personengruppe genug Vorlaufzeit haben, sich auf die Einführung der Drittstaatskontingentierung ab dem 01. Januar 2021 vorzubereiten. Die Besorgnis, dass das Vereinigte Königreich möglicherweise kein funktionierendes Migrationssystem vor dem 31. Dezember 2020 einführen kann, ist eine unilaterale Angelegenheit des Vereinigten Königreichs und darf nicht Anlass sein, die Schweiz in ihrer eigenständigen Migrationspolitik zu beeinträchtigen.

Aus den obenerwähnten Gründen unterstützen wir grundsätzlich die Vorlage, lehnen die Verlängerungsmöglichkeit des Abkommens aber ab.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme und grüssen Sie freundlich.

## **SCHWEIZERISCHE VOLKSPARTEI**

Der Parteipräsident

Der Generalsekretär



Albert Rösti  
Nationalrat

Emanuel Waeber



Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement

3003 Bern

Per Mail: boiana.krantcheva@sem.admin.ch  
sascha.finger@sem.admin.ch

Bern, 2. September 2019

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Einladung, an der Vernehmlassung zum oben genannten Geschäft teilzunehmen.

Wir bedauern, Ihnen mitteilen zu müssen, dass wir trotz der unbestrittenen Bedeutung der Vorlage aus Kapazitätsgründen auf eine Eingabe verzichten müssen.

Besten Dank für Ihr Verständnis.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Städteverband**

Direktorin

Renate Amstutz



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement  
3003 Bern

**Per E-Mail an:**

boiana.krantcheva@sem.admin.ch und  
sascha.finger@sem.admin.ch

Zürich, 21. November 2019, CM/sm  
maduz@arbeitgeber.ch

**Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir beziehen uns auf Ihr Schreiben vom 15. August 2019 und danken Ihnen für die Gelegenheit, zum «Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens» Stellung nehmen zu können.

Der Schweizerische Arbeitgeberverband (SAV) ist seit 1908 die Stimme der Arbeitgeber in Wirtschaft, Politik und Öffentlichkeit. Er vereint als Spitzenverband der Schweizer Wirtschaft rund 90 regionale und branchenspezifische Arbeitgeberorganisationen sowie einige Einzelunternehmen. Insgesamt vertritt er über 100'000 Klein-, Mittel- und Grossunternehmen mit knapp 2 Millionen Arbeitnehmern aus allen Wirtschaftssektoren. Der SAV setzt sich für eine starke Wirtschaft und den Wohlstand der Schweiz ein. Er verfügt dabei über anerkanntes Expertenwissen insbesondere in den Bereichen Arbeitsmarkt, Bildung und Sozialpolitik.

**Die Position des SAV:**

- Der SAV begrüsst das vorliegende Abkommen, das die gegenseitige erleichterte Zulassung zum Arbeitsmarkt vorsieht.
- Der SAV erwartet, dass auch über die Zeit der Befristung die grösstmögliche Freizügigkeit zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich angestrebt wird.



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

## 1. Zusammenfassende Beurteilung

Das Vereinigte Königreich ist für die Schweiz ein wichtiger Handelspartner. Das aktuelle System – insbesondere mit dem hürdenfreien Marktzugang – ist für die Wirtschaft daher von zentraler Bedeutung. Entsprechend bereitet der unregelmässige Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union (EU), der sogenannte Brexit, einer Vielzahl von SAV-Mitgliedern und ihren angeschlossenen Unternehmen grosse Sorge, da die Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich derzeit weitgehend durch die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und EU geregelt sind. Bei einem unregelmässigen Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wäre das Vereinigte Königreich grundsätzlich gleich zu behandeln wie ein «gewöhnliches» Drittland. Daher sollten für den Fall eines unregelmässigen Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU geeignete befristete Übergangsregelungen greifen, bis zumindest das Verhältnis zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich definitiv geklärt ist. Dabei soll für die Dauer einer allfälligen Übergangszeit die aktuelle Beziehung zum Vereinigten Königreich möglichst im selben Ausmass weitergeführt werden können. Dies würde den Unternehmen die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit geben.

Mit der Strategie «Mind the Gap» hat der Bundesrat bereits mehrere Massnahmen zur Erhaltung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über den Brexit hinaus beschlossen. Das hier vorliegende Abkommen mit dem Vereinigten Königreich regelt dabei den gegenseitigen Zugang zum Arbeitsmarkt, also die Situation für Erwerbstätige, und ist vorerst bis zum 31. Dezember 2020 befristet. Die Strategie sieht verschiedene gegenseitige Erleichterungen vor. So sind die Anforderungen in Bezug auf den Vorrang, die persönlichen Voraussetzungen in Bezug auf die beruflichen Qualifikationen inklusive fachliche Anforderungen sowie die wirtschaftlichen Interessen im Einzelfall nicht anwendbar. Gegenüber der Regelung für übrige Drittstaaten, die nach dem Bundesgesetz über die Ausländerinnen und Ausländer und über die Integration (AIG) zu beurteilen wären, sind die Anforderungen folglich deutlich geringer und damit mit weniger administrativem Aufwand verbunden. **Das vorliegende Abkommen wird vom SAV daher klar unterstützt.**

Bedauerlich ist jedoch, dass Personen ausserhalb des Geltungsbereichs, namentlich jene im Familiennachzug, nicht unter das vorliegende Abkommen fallen, sondern die Zulassungsvoraussetzungen gemäss AIG für Drittstaatsangehörige gelten soll. Der Familiennachzug ist für die Rekrutierung von geeigneten Fachkräften zentral.

## 2. Position des SAV

Da das Abkommen zu einer verbesserten Situation als unter dem Regime des AIG führt, wertet der SAV das Abkommen als sehr positiv und befürwortet seine rasche Genehmigung durch die Bundesversammlung.

Für die allfällige Übergangszeit ist jedoch zentral, dass die aktuelle Freizügigkeitspraxis nach Möglichkeit aufrechterhalten werden kann. In diesem Zusammenhang erwartet der SAV, dass die Höchstzahlen und Kontingente für britische Staatsangehörige für das Jahr 2020 im Interesse der Gesamtwirtschaft weiterhin grosszügig veranschlagt werden. Nur wenn eine ausreichende Anzahl von Bewilligungen zur Verfügung gestellt wird, kann für die Wirtschaft die notwendige Planungs- und Rechtssicherheit während der Übergangsfrist gewährleistet werden.

Für das künftige Verhältnis mit dem Vereinigten Königreich erwartet der SAV, dass eine Lösung erarbeitet wird, die möglichst dem heutigen System der Personenfreizügigkeit entspricht, damit Unternehmen mit Sitz in der Schweiz weiterhin unkompliziert Fachkräfte aus dem Vereinigten Königreich rekrutieren können. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Verbindungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich sind seit jeher traditionell stark und eng und sollen



SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND  
UNION PATRONALE SUISSE  
UNIONE SVIZZERA DEGLI IMPRENDITORI

weitergeführt werden können. Zudem ist eine solche Lösung auch aufgrund des verschärften Fachkräftemangels sowie aus Überlegungen der Standortattraktivität angezeigt.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse an der arbeitgeberpolitischen Situation, für die Möglichkeit zur Stellungnahme und für die Berücksichtigung unserer Anträge.

Freundliche Grüsse

SCHWEIZERISCHER ARBEITGEBERVERBAND

Daniella Lützel Schwab  
Mitglied der Geschäftsleitung

Christian Maduz  
Stv. Ressortleiter Arbeitsmarkt und Arbeitsrecht

Eidgenössisches Justiz- und  
Polizeidepartement EJPD  
Staatssekretariat für Migration SEM  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

Brugg, 19. November 2019

Zuständig: Monika Schatzmann  
Dokument: 2019\_VN\_Zulassung\_Arbeitsmarkt\_GBR

**Per E-Mail an:**

boiana.krantcheva@sem.admin.ch  
Sascha.finger@sem.admin.ch

**Vernehmlassung: Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Damen und Herren

Mit Ihrem Schreiben vom 14. August 2019 laden Sie uns ein, zur oben genannten Vorlage Stellung zu nehmen. Für die uns gegebene Möglichkeit danken wir Ihnen bestens und sind gerne bereit, uns in dieser Angelegenheit vernehmen zu lassen.

Der Schweizer Bauernverband (SBV) hat sich in der Vergangenheit stets zum bilateralen Weg mit der Europäischen Union bekannt und unterstützte in diesem Zusammenhang das Freizügigkeitsabkommen. Aus diesem Grund unterstützt der SBV die oben erwähnte Vernehmlassung und ist mit den vorgeschlagenen Anpassungen inkl. den zusätzlichen Kontingenten einverstanden.

Aus Sicht des SBV dürfen diese zusätzlichen Kontingente jedoch nicht die Drittstaaten-Kontingente (VZAE) beeinträchtigen.

Wir hoffen, dass Sie unser Anliegen berücksichtigen werden, und danken Ihnen nochmals für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizer Bauernverband**



Markus Ritter  
Präsident



Jacques Bourgeois  
Direktor



www.sgb.ch | www.uss.ch  
Schweizerischer Gewerkschaftsbund  
Union syndicale suisse  
Unione sindacale svizzera

Bundesamt für Justiz  
Sekretariat für Migration  
Quellenweg 6  
3003 Bern

E-Mail:

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)

[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Bern, 31. Oktober 2019

**Vernehmlassung zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin Keller-Sutter  
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Abkommen der Schweiz und des Vereinigten Königreichs von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt nach einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU Stellung nehmen zu können.

Der Schweizerische Gewerkschaftsbund SGB hat sich immer für die Personenfreizügigkeit ausgesprochen und stimmt auch dem vorliegenden Abkommen zu, das zeitlich befristet den Übergang von der Personenfreizügigkeit hin zu einer Drittstaatenregelung bezüglich Zulassung von Arbeitskräften abfedern soll.

Erklärtes Ziel des Abkommens ist, die Neurekrutierung von Arbeitskräften aus dem vereinigten Königreich zu erleichtern, um den Schweizer Unternehmen auch nach einem Brexit-bedingten Wegfall des Freizügigkeitsabkommens Rechts- und Planungssicherheit zu gewähren. Nicht betroffen sind britische Staatsangehörige, die zum Zeitpunkt des Inkrafttretens schon in der Schweiz wohnhaft sind und deren Rechte im Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Rechte der Bürgerinnen und Bürger infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens geregelt sind.

Der SGB sieht das Ansinnen, das Vereinigte Königreich unter den Drittstaaten privilegiert zu behandeln, um den Wünschen der Schweizer Wirtschaft zu entsprechen, trotz der grundsätzlichen Zustimmung auch kritisch: Mit der Sonderregelung wird für britische in der Schweiz angestellte Erwerbstätige und Selbständige eine Sonderkategorie geschaffen, während andere Drittstaatsangehörige ebenso wie britische Nichterwerbstätige, Personen im Familiennachzug, grenzüberschreitenden Dienstleistungserbringende sowie Studierende dem AIG unterstellt sein werden. Ebenfalls heikel ist, dass die Schweiz den britischen Brexit-BefürworterInnen entgegenkommt

und mit ihnen bilateral Verträge aushandelt, obschon das Vereinigte Königreich als Noch-EU-Mitglied keine Vertragsverhandlungen mit Drittstaaten führen dürfte.

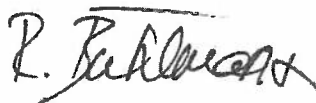
Wir bedanken uns für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**SCHWEIZERISCHER GEWERKSCHAFTSBUND**



Pierre-Yves Maillard  
Präsident



Regula Bühlmann  
Zentralsekretärin

Staatssekretariat für Migration SEM  
Frau Boiana Krantcheva  
Herr Sascha Finger  
3003 Bern Wabern

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)  
[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Bern, 14. November 2019 sgV-KI/is

**Vernehmlassung: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Frau Krantcheva  
Sehr geehrter Herr Finger

Als grösste Dachorganisation der Schweizer Wirtschaft vertritt der Schweizerische Gewerbeverband sgV über 230 Verbände und gegen 500 000 KMU, was einem Anteil von 99.8 Prozent aller Unternehmen in unserem Land entspricht. Im Interesse der Schweizer KMU setzt sich der grösste Dachverband der Schweizer Wirtschaft für optimale wirtschaftliche und politische Rahmenbedingungen sowie für ein unternehmensfreundliches Umfeld ein.

Mit Schreiben vom 14. August 2019 lädt das eidgenössische Justiz- und Polizeidepartement ein, zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens Stellung zu nehmen. Der Schweizerische Gewerbeverband sgV dankt für die Möglichkeit zur Stellungnahme.

Die bilateralen Abkommen zwischen der Schweiz und der Europäischen Union (EU) werden nach einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU per 1. November 2019 oder, im Falle eines geordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU, nach Beendigung der Übergangsphase auf das Vereinigte Königreich nicht mehr anwendbar sein. Sie sind durch neue Rechtsgrundlagen zu ersetzen. Im Migrationsbereich betrifft dies das Abkommen zwischen der Schweiz einerseits und der EU und ihren Mitgliedstaaten andererseits über die Freizügigkeit (FZA). Mit dem vorgeschlagenen befristeten Abkommen wird dieses Ziel erreicht, indem die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Vereinigten Königreich für eine befristete Übergangsfrist erleichtert wird. Damit stellt die Schweiz sicher, dass bei einem ungeordneten Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU Rechts- und Planungssicherheit bei den Schweizer Unternehmen besteht. Das befristete Abkommen findet nur auf Schweizer und UK-Staatsangehörige Anwendung, welche im Falle eines ungeordneten

Austritts UK aus der EU («No-Deal-Szenario») neu im jeweiligen Land zwecks Erwerbstätigkeit einwandern.

**Der Schweizerische Gewerbeverband sgv unterstützt das Abkommen. Die Umsetzung dieses Abkommens darf keinesfalls die jährlich durch den Bundesrat festzulegenden Drittstaatenkontingente (VZAE) beeinflussen.**

Grossbritannien ist für die Schweiz ein wichtiger Handelspartner. Stabile und abschätzbare Beziehungen zwischen den beiden Ländern sind für die Zukunft wichtig. Aus Gründen der Rechtssicherheit und der Bedeutung der Wirtschaftsbeziehungen unterstützt der sgv das Abkommen.

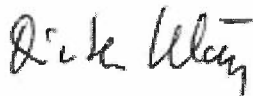
Wir danken für die Berücksichtigung unserer Stellungnahme.

Freundliche Grüsse

**Schweizerischer Gewerbeverband sgv**



Hans-Ulrich Bigler  
Direktor, Nationalrat



Dieter Kläy  
Ressortleiter

Madame la Conseillère fédérale  
Karin Keller-Sutter  
Département fédéral de justice et police  
Palais fédéral  
3003 Bern

Paudex, le 10 octobre 2019  
JDU

**Consultation – Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'accès au marché du travail pour une période transitoire à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes**

Madame la Conseillère fédérale,

En date du 14 août 2019, le Conseil fédéral a chargé le Département fédéral de justice et police de mettre en consultation l'accord relatif à l'accès au marché du travail dans le cas d'un Brexit sans accord. Par le biais de la stratégie « Mind the Gap », le Conseil fédéral a d'ores et déjà adopté plusieurs mesures afin de préserver les bonnes relations bilatérales entre la Suisse et le Royaume-Uni au-delà du Brexit. L'accord temporaire avec le Royaume-Uni concernant l'accès au marché du travail en cas de sortie désordonnée du Royaume-Uni de l'Union européenne (UE) vise à atténuer, le cas échéant, le passage soudain du régime de la libre circulation des personnes à la réglementation applicable aux Etats tiers et à garantir la sécurité du droit et de planification pour l'économie suisse.

En substance, l'accord relatif à l'accès au marché du travail prévoit que les ressortissants du Royaume-Uni pourront bénéficier d'un accès facilité au marché du travail suisse, ceci dans le cadre des contingents distincts applicables aux ressortissants du Royaume-Uni fixés le 22 mars 2019 par le Conseil fédéral. Il ne s'appliquera qu'en cas de Brexit sans accord et sa validité est en principe limitée à la fin de 2020. L'accord transitoire ne concernera que les ressortissants suisses ou britanniques qui, dans le cas d'une sortie du Royaume-Uni de l'UE sans accord de retrait, immigreront nouvellement dans l'autre pays afin d'y exercer une activité lucrative.

Le but de l'accord est de faciliter pendant une période limitée le recrutement de main d'œuvre en provenance du Royaume-Uni en instaurant une admission simplifiée des travailleurs britanniques. Les séjours jusqu'à trois mois seront ainsi possibles sans titre de séjour. Au demeurant, l'admission de ressortissants britanniques pour une durée supérieure à quatre mois sera limitée par un contingent fixé annuellement par le Conseil fédéral. Dans la perspective d'un scénario sans accord de retrait, le Conseil fédéral a inscrit un contingent de 3'500 entrées pour les citoyens du Royaume-Uni au sein de l'ordonnance relative à l'admission, au séjour et à l'exercice d'une activité lucrative (OASA).

Bien évidemment, l'accord n'est pas à sens unique. Les conditions d'admission des citoyens suisses au Royaume-Uni seront celles proposées pour les citoyens de l'UE/AELE dans l'éventualité d'une sortie sans accord. Les séjours jusqu'à trois mois seront possibles sans titre de séjour. Pour les séjours de plus longue durée, l'accord garantit l'admission des Suisses comme travailleurs salariés ou indépendants au Royaume-Uni sans système de contingent et sans examen de l'intérêt économique ni des conditions personnelles. Par contre, les conditions de salaire et d'emploi devront être conformes aux normes internes britanniques.

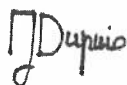
Indubitablement, le Royaume-Uni constitue un partenaire économique central avec lequel la Suisse doit maintenir des relations étroites et stables. L'accord mis en consultation a cela d'avantageux qu'il permet de préserver les intérêts de l'économie suisse tout en garantissant l'accès au marché du travail britannique pour les citoyens suisses. En d'autres termes, il perpétue les modèles historiques de mobilité entre la Suisse et le Royaume-Uni. Même si les ressortissants britanniques auront plus de facilité que les ressortissants d'Etats tiers à obtenir une autorisation de travail, la limitation par des contingents constituera un garde-fou. De surcroît, les critères imposés par la Constitution pour l'octroi des autorisations de séjour, à savoir la demande d'un employeur, la capacité d'intégration et la source de revenu suffisant et autonome, demeureront applicables.

**Au vu de ce qui précède, le Centre Patronal estime que l'accord relatif au marché du travail mérite d'être soutenu, ce d'autant qu'en l'état actuel des choses, rien ne permet d'écarter le scénario d'une sortie prochaine du Royaume-Uni de l'UE sans accord.**

\* \* \*

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à cette prise de position, nous vous prions d'agréer, Madame la Conseillère fédérale, l'expression de notre haute considération.

Centre Patronal



Jimmy Dupuis



Secrétariat général

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch)

[sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Département fédéral de justice et police  
DFJP

A l'att. de Madame la Conseillère fédérale  
Karin Keller-Sutter

Genève, le 20 novembre 2019  
3414/KE - FER N°43-2019

**Accord entre la Confédération suisse et le Royaume-Uni de Grande-Bretagne et d'Irlande du Nord relatif à l'admission sur le marché du travail pour une période transitoire limitée à la suite du retrait du Royaume-Uni de l'Union européenne et de la fin de l'applicabilité de l'accord sur la libre circulation des personnes**

Madame la Conseillère fédérale,

Nous avons pris connaissance avec intérêt de l'objet mis en consultation et vous faisons parvenir notre prise de position.

En préambule, nous tenons une nouvelle fois à saluer les démarches entreprises par le Conseil fédéral en vue, d'une part, de maintenir les droits et obligations entre la Suisse et le Royaume-Uni après la sortie de ce dernier de l'Union européenne, et, d'autre part, d'approfondir la collaboration en cas d'intérêts réciproques. Les deux pays sont en effet étroitement liés, notamment sur les plans économique et migratoire.

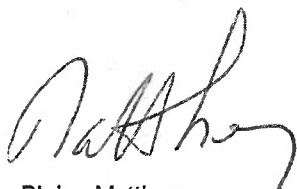
L'accord proposé prévoit une phase de transition de durée limitée en cas de retrait britannique sans accord. Il ne s'applique qu'aux ressortissants suisses et britanniques qui immigreront nouvellement dans l'autre pays. Il permet de maintenir un accès facilité au marché du travail suisse pour les ressortissants britanniques ainsi que la réciprocité pour les citoyens suisses au Royaume-Uni. Il réduit l'insécurité juridique qui serait provoquée par une sortie sans accord et prend en considération le fait qu'il est indispensable d'octroyer des conditions spécifiques pour le recrutement de main-d'œuvre britannique, afin de répondre aux besoins des entreprises suisses.

Nous saluons dès lors les dérogations aux conditions d'admission pour les travailleurs salariés en provenance du Royaume-Uni par rapport à celles auxquelles sont soumis les travailleurs ressortissants des Etats tiers. Il est par ailleurs tout à fait approprié de permettre tant l'admission de spécialistes que d'employés pour des métiers moins qualifiés.

S'agissant des contingents qui seront fixés annuellement pour les séjours supérieurs à quatre mois, nous invitons le Conseil fédéral à faire pleinement usage de sa marge de manœuvre, afin que le niveau des quotas tienne compte de la demande spécifique de main-d'œuvre britannique sur le marché du travail suisse.

Notre Fédération soutient ce projet, en soulignant à nouveau la nécessité de maintenir un marché du travail ouvert, dans un contexte de pénurie croissante de personnel qualifié.

En vous remerciant de l'attention que vous porterez à la présente, nous vous prions de croire, Madame la Conseillère fédérale, à l'expression de notre haute considération.



Blaise Matthey  
Secrétaire général



Catherine Lance Pasquier  
Directrice adjointe, Dpt Politique générale  
FER Genève

Staatssekretariat für Migration SEM  
Boiana Krantcheva / Sascha Finger  
Quellenweg 6  
3003 Bern-Wabern

E-Mail an: [boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch) / [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Zürich, 29. Oktober 2019

**Stellungnahme zur Vernehmlassung «Abkommen zwischen der schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens»**

Sehr geehrte Damen und Herren

GastroSuisse ist der Verband für Hotellerie und Restauration in der Schweiz. Mit rund 20'000 Mitgliedern (Hotels, Restaurants, Cafés, Bars etc.) in allen Landesgegenden, organisiert in 26 Kantonalsektionen und vier Fachgruppen, gehört er zu den grössten Schweizer Branchenverbänden. Als wichtiger Wirtschaftszweig beschäftigt das Gastgewerbe mehr als 260'000 Mitarbeitende. Gerne nimmt GastroSuisse im Vernehmlassungsverfahren zum Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich infolge des Brexits wie folgt Stellung:

**I. Haltung von GastroSuisse**

GastroSuisse befürwortet das befristete Abkommen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über die Zulassung zum Arbeitsmarkt infolge eines Austritts des Vereinigten Königreich aus der EU und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens.

**II. Begründung**

Ohne bilaterale Lösung wäre die Schweizer Hotellerie und Restauration im Falle eines unregelmässigen Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union unmittelbar betroffen. Das Schweizer Gastgewerbe ist trotz breit abgestützter Massnahmen zur Förderung des inländischen Arbeitskräftepotenzials auf Mitarbeitende aus dem Ausland angewiesen. Insgesamt stammen 43.8 % der gastgewerblichen Mitarbeitenden aus dem Ausland. Diese Quote hat sich in den letzten 15 Jahren kaum verändert. Dabei kommen mehr als zwei Drittel der ausländischen Mitarbeitenden im Gastgewerbe aus EU-Staaten. GastroSuisse begrüsst daher, dass die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Vereinigten Königreich mit dem Wegfall des FZA gegenüber Drittstaaten erleichtert wird.

Zudem schafft das Abkommen Rechts- und Planungssicherheit und ermöglicht darüber hinaus eine Vertiefung der bilateralen Beziehungen zwischen Grossbritannien und der Schweiz. Eine offene Aussenwirtschaft und gute bilaterale Beziehungen zu unseren Handelspartnern sind wichtige wirtschaftliche Voraussetzungen.

Aus diesen Gründen befürwortet GastroSuisse das vorliegende Abkommen.

Wir danken Ihnen für die Möglichkeit, zum Abkommen Stellung nehmen zu dürfen, und die Berücksichtigung der Haltung von GastroSuisse.

Freundliche Grüsse

**GastroSuisse**



Casimir Platzer  
*Präsident*



Daniel Borner  
*Direktor*

Frau  
Bundesrätin Karin Keller-Sutter  
Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und  
Polizeidepartements (EJPD)  
Bundeshaus West  
3003 Bern

Per E-Mail an:  
boiana.krantcheva@sem.admin.ch  
sascha.finger@sem.admin.ch

Basel, den 19. November 2019 gs

**Stellungnahme zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

Sehr geehrte Frau Bundesrätin,

In der Beilage lassen wir Ihnen unsere Stellungnahme zu der obgenannten Vernehmlassungsvorlage zukommen.

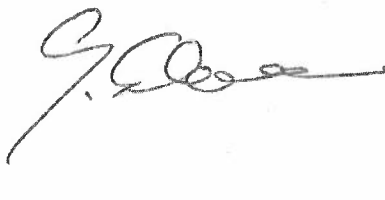
Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und stehen Ihnen bei Fragen in Zusammenhang mit unserer Darstellung selbstverständlich jederzeit gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

**Handelskammer beider Basel**



**Martin Dätwyler**  
Direktor



**Gabriel Schweizer**  
Leiter Aussenwirtschaft

Beilage:  
Stellungnahme

Gabriel Schweizer  
Leiter Aussenwirtschaft

T +41 61 270 60 58  
F +41 61 270 60 65

g.schweizer@hkbb.ch

**Handelskammer beider Basel**  
St. Jakobs-Strasse 25  
Postfach  
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60  
F +41 61 270 60 05

www.hkbb.ch

## Stellungnahme

Basel, 19. November 2019 gs

# Auffangabkommen im Arbeitsmarktbereich für den Fall eines No-Deal-Brexit

---

**Die Handelskammer beider Basel begrüsst das vom Bundesrat unterzeichnete Auffangabkommen Schweiz-UK im Arbeitsmarktbereich.**

---

### Ausgangslage

Mit der Strategie «Mind the Gap» hat der Bundesrat bereits mehrere Massnahmen zur Erhaltung der bilateralen Beziehungen zwischen der Schweiz und dem Vereinigten Königreich über den Brexit hinaus beschlossen. Das «Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit» regelt befristet bis am 31. Dezember 2020 (mit Verlängerungsmöglichkeit) eine erleichterte Zulassung zum Arbeitsmarkt von britischen Bürgerinnen und Bürgern in der Schweiz und von Schweizer Bürgerinnen und Bürgern im Vereinigten Königreich im Falle eines No-Deals. Ohne Abkommen würden britische Bürgerinnen und Bürger im Falle eines ungeordneten Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU in Bezug auf den Zugang zum Arbeitsmarkt den geltenden Bestimmungen für Drittstaatsangehörige unterliegen.

### Position der Handelskammer beider Basel

Die Handelskammer beider Basel begrüsst das befristete Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt. Es erleichtert die Rekrutierung von Arbeitskräften aus dem Vereinigten Königreich für eine befristete Übergangszeit und sichert so die Rechts- und Planungssicherheit für Schweizer Unternehmen. Im Vergleich zu Drittstaatsangehörigen wird bei der Zulassung von britischen Erwerbstätigen auf die Prüfung des Vorrangs, der persönlichen Voraussetzungen sowie des gesamtwirtschaftlichen Interesses im Einzelfall verzichtet. Damit bleibt der administrative Aufwand für die Unternehmen gering.

Wir bedauern jedoch, dass Personen ausserhalb des Geltungsbereichs, insbesondere grenzüberschreitende Dienstleistungserbringer und Personen im Familiennachzug, vom Abkommen nicht berücksichtigt werden. Arbeitsbewilligungen für diese Personengruppen werden somit das ohnehin knapp bemessene Kontingent für Drittstaatsangehörige zusätzlich belasten.

Für die allfällige Übergangszeit erwarten wir, dass die Höchstzahlen und Kontingente für britische Staatsangehörige im Interesse der Gesamtwirtschaft grosszügig bemessen werden. Im Hinblick auf den Fachkräftemangel und die engen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Schweiz und UK, soll künftig eine Lösung angestrebt werden, die möglichst der heute geltenden Personenfreizügigkeit entspricht.

**Handelskammer beider Basel**

St. Jakobs-Strasse 25  
Postfach  
CH-4010 Basel

T +41 61 270 60 60  
F +41 61 270 60 05

[www.hkbb.ch](http://www.hkbb.ch)



DIE SPITÄLER DER SCHWEIZ  
LES HÔPITAUX DE SUISSE  
GLI OSPEDALI SVIZZERI

**Eidgenössisches Justiz- und Polizeidepartement EJPD**

Bundeshaus Ost  
3003 Bern

Per Mail:

[boiana.krantcheva@sem.admin.ch](mailto:boiana.krantcheva@sem.admin.ch); [sascha.finger@sem.admin.ch](mailto:sascha.finger@sem.admin.ch)

Ort, Datum Bern, 02. September 2019  
Ansprechpartner/in Conrad Engler

Direktwahl  
E-Mail

031 335 11 50  
[conrad.engler@hplus.ch](mailto:conrad.engler@hplus.ch)

**Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**  
**Stellungnahme H+**

Sehr geehrte Damen und Herren

Besten Dank für die Einladung vom 14. August 2019 zum Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland. H+ Die Spitäler der Schweiz ist der nationale Verband der öffentlichen und privaten schweizerischen Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen. Uns sind 218 Spitäler, Kliniken und Pflegeinstitutionen als Aktivmitglieder an 369 Standorten sowie über 160 Verbände, Behörden, Institutionen, Firmen und Einzelpersonen als Partnerschaftsmitglieder angeschlossen. Wir vertreten über 200'000 Arbeitsverhältnisse.

H+ befürwortet das vorliegende Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens.

Bei Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

Freundliche Grüsse

Anne Bütikofer  
Direktorin

2019 -10- 25

Eidg. Justiz- und  
Polizeidepartement

25. Okt. 2019

M.

Frau

Bundesrätin Karin Keller-Sutter

Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz-  
und Polizeidepartementes EJPD

Bundeshaus West

3003 Bern

Basel, 23.10.2019

**Vernehmlassung: Abkommen zwischen der Schweizerischen Eidgenossenschaft und dem Vereinigten Königreich von Grossbritannien und Nordirland über die Zulassung zum Arbeitsmarkt für eine befristete Übergangszeit infolge des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union und des Wegfalls des Freizügigkeitsabkommens**

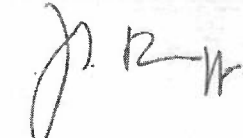
Sehr geehrte Frau Bundesrätin

Das Vereinigte Königreich (UK) ist wirtschaftlich, politisch und bezüglich Migration ein wichtiger Partner der Schweiz. Interpharma begrüsst deshalb, dass der Bundesrat im Verhältnis mit dem UK die bestehenden gegenseitigen Rechte und Pflichten über den Zeitpunkt des EU-Austritts des UK hinaus so weit als möglich sicherstellt und allenfalls ausbaut. Mit dem Vorgehen «Mind the Gap» verfolgt er eine durchdachte und zeitgerechte Strategie und sichert somit auch für die pharmazeutische Industrie den barrierefreien Zugang zu einem wichtigen Handelspartner auch in Zukunft.

Die Pharmabranche ist mit einem Anteil von 38 Prozent an den Gesamtausfuhren als grösste Exportindustrie besonders auf geregelte Handelsbeziehungen angewiesen. Das UK ist dabei nicht nur ein wichtiger Absatzmarkt, sondern auch bedeutender Zulieferer der Branche. Nicht zuletzt ist die Pharmaindustrie auch auf die nötige Zahl von Fachexperten aus dem UK angewiesen. Wir begrüssen deshalb das befristete Abkommen über die Zulassung zum Arbeitsmarkt, welches bei einem ungeordneten Austritt des UK aus der EU in Kraft tritt. Interpharma hält insbesondere die Berücksichtigung der spezifischen Nachfrage nach britischen Staatsangehörigen auf dem Schweizer Arbeitsmarkt und eine allfällige Anpassung des Kontingents für Bürgerinnen und Bürger aus dem UK für wichtig.

Interpharma ist überzeugt, dass die weiteren Verhandlungen im Sinne des Schweizer Wirtschafts- und Forschungsstandortes weitergeführt werden und die wirtschaftlichen Beziehungen zum Vereinigten Königreich erhalten und sogar gestärkt werden können. Interpharma unterstützt die Strategie des Bundesrates vollumfänglich und bedankt sich für die geleistete Arbeit herzlich.

Freundliche Grüsse

Jörg-Michael Rupp  
Präsident InterpharmaRené P. Buholzer  
Geschäftsführer Interpharma